



:UNSER TITELTHEMA

Berufsumfeld Schulleitung

In welchen Rahmen und Beziehungsgeflechten findet Schulleitung statt?

:AUSSERDEM

Flüchtlinge

DAS ZENTRUM DES
DIGITALEN KLASSENZIMMERS

ActivPanel



ANSCHALTEN UND LOS GEHT'S

DER INTEGRIERTE ANDROID-MINI-PC
MACHT ES MÖGLICH



ACTIVPANEL
InGlass™
TECHNOLOGY

FLÜSSIGES SCHREIBEN
MIT INTELLIGENTER,
DIFFERENZIERTER
SIGNALERKENNUNG



AKTUELL

- 4 Aus den Bundesländern
6 Neues von unseren Partnern

TITELTHEMA – BERUFSUMFELD SCHULLEITUNG

- 7 „Top-Down-regieren klappt nicht“
9 Schulen als Lern- und Lebensräume
12 Schulleiter: Vom Verwalter zum Gestalter

THEMA – INKLUSION

- 13 Deutschland braucht einen Neustart für Inklusion

THEMA – BILDUNG 2030

- 15 Bildung 2030
16 Wie kommt Bildung sicher im Jahr 2030 an?

THEMA – LERNPSYCHOLOGIE

- 20 Robin-Hood-Effekt verstärkt Motivation in Mathe

THEMA – SCHULENTWICKLUNGSARBEIT

- 21 School Turnaround

THEMA – BILDUNGSSYSTEM

- 22 Aktuelle Entwicklungen aus Baden-Württemberg

TITELTHEMA – FLÜCHTLINGE

- 23 Viele Kinder von Geflüchteten gehen in die Kita oder zur Schule
24 „Vielfalt sollte der Normalfall sein“
25 Mehr Angebote für junge Flüchtlinge
26 „Das Thema Terrorismus drängt sich in das Leben der Schüler“
27 Erste Ergebnisse aus der Studie „Geflüchtete Familien“

THEMA – BILDUNGSFORSCHUNG

- 29 Forschungsergebnisse für den Schulalltag

THEMA – SCHULISCHE INKLUSION

- 30 „Wir zehren von unserem guten Ruf“

THEMA – BUCHVORSTELLUNG

- 32 Kein Mensch lernt digital

THEMA – DIGITALE AUSSTATTUNG AN SCHULEN

- 36 Das Konzept muss stimmen

DIE DAPF-SEITE – NEUES AUS DER SL-FORSCHUNG

- 37 Schulentwicklung und Schulleitung in der digital geprägten Gesellschaft

RUBRIKEN

- 39 Fortbildung
40 Lesestoff – Informationen für Schulleitungen

RECHT

- 41 Ein zerkratztter Schultisch und seine Folgen

IMPRESSUM

- 42 Adressen, Impressum

TITEL

sissoupitch, Fotolia

In dieser Ausgabe finden Sie Beilagen der Wolters Kluwer Deutschland GmbH und des Verlags für die Deutsche Wirtschaft. Wir bitten freundlich um Beachtung.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Leserinnen und Leser!

Wir Schulleiterinnen und Schulleiter haben ein Berufsprofil, das man – vorsichtig formuliert – als „vielfältig“ bezeichnen könnte: Wir sind Administratoren, Motivationsredner, Bauherren, im Zweifelsfall gar IT-Experten ... die Liste ließe sich fortführen.

Entsprechend vielgestaltig ist auch das Berufsumfeld von Schulleitung. Wovon sprechen wir hier konkret? Vom Kollegium, von der Schulklasse oder dem Schulgebäude als solches? All diese Faktoren gilt es in den Blick zu nehmen – und einige davon wollen wir in dieser Ausgabe Ihres Fachmagazins schlaglichtartig beleuchten.

Das zweite Titelthema nimmt ebenso gesamtgesellschaftlich wie auch im Kontext Schule seit über einem Jahr großen Raum ein. Die Rede ist vom Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland. Nach Monaten der Krisen- und Interventions-Politik im Bildungsbereich darf und muss man Zwischenbilanz ziehen, um den Status Quo zu benennen – und die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen. Einen Einblick vermitteln wir ab Seite 23.

Auch in anderer Hinsicht steht die Zukunft von Schule im Fokus dieses Heftes. So widmen wir uns ausführlich den Thesen des Aktionsrats Bildung zur „Schule 2030“, ergänzt um ein Interview mit dem renommierten Bildungsforscher Prof. Olaf-Axel Burow zu dessen neuem (gleichnamigem) Buch „Bildung 2030“ über die sieben aus seiner Sicht zentralen Trends, die Schule revolutionieren werden.

Nun wünsche ich Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre dieser letzten Ausgabe von b:sl in 2017!

Ihre

Gudrun Wolters-Vogeler
ASD-Vorsitzende

asd Allgemeiner
Schulleitungsverband
Deutschlands e.V.

Herausgegeben vom ASD –
Allgemeiner Schulleitungsverband Deutschlands e.V.

Kurznachrichten aus den Bundesländern

Wissenswerte Neuigkeiten – von der Redaktion zusammengestellt

Quelle: bildungsklick.de

HESSEN

QUALIFIZIERUNG FÜR SCHULLEITERINNEN UND SCHULLEITER HAT SICH BEWÄHRT

Rund ein Jahr nach dem Startschuss der Pilotphase zur neuen Qualifizierung für Schulleiterinnen und Schulleiter in Hessen (QSH) hat Hessens Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz heute in Wiesbaden ein überaus positives Fazit gezogen.

„Die Anforderungen an Schulleiterinnen und Schulleiter haben sich in den vergangenen Jahren signifikant verändert. Aus diesem Grund wurde vielerorts der Wunsch an uns herangetragen, Lehrkräfte bereits vor der Übernahme dieses verantwortungsvollen Amtes noch besser vorzubereiten und zu fördern“, erklärte der Kultusminister und ergänzte: „Daher freue ich mich sehr, dass unser Pilotprojekt zur Qualifizierung für Schulleiterinnen und Schulleiter bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern so gut angenommen wurde, dass wir uns entschlossen haben, dieses zum kommenden Schuljahr ganz regulär zu etablieren und zukünftig alle neuen Kandidatinnen und Kandidaten für das höchste Amt in einer Schule auf diese Art und Weise zu qualifizieren. Damit läuten wir eine neue Ära der Schulleiter-Qualifizierung ein.“

An der Pilotphase, die sich an Schulleiterqualifizierungen anderer Bundesländer orientierte und eine konsequentere und systematischere Personalentwicklung in den Mittelpunkt stellte, nahmen 32 Lehrkräfte, die aus insgesamt 120 Bewerbungen ausgewählt wurden, teil. Kooperationspartner der Hessischen Lehrkräfteakademie war dabei die Heraeus-Bildungsstiftung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen alle aus dem sogenannten „Kooperationsverbund Mitte“, zu dem die Staatlichen Schulämter Marburg-Bie-

denkopf, Gießen/Vogelsberg, Hochtaunus/Wetterau und Lahn-Dill/Limburg-Weilburg gehören. Die Gruppe bestand je zur Hälfte aus Frauen und Männern und umfasste alle Schulformen und Bildungsgänge.

Begleitend zur Pilotphase wurde eine externe Evaluation durchgeführt, mit dem Ergebnis, dass sich das Grundkonzept in der Form einer verbindlichen und kompetenzbezogenen Qualifizierung für angehende Schulleiterinnen bzw. Schulleiter als tragfähig erwiesen hat und in Zukunft einen erkennbaren Beitrag zu einer guten Schulentwicklung in Hessen leisten wird. „Unser Ziel war und ist es, ein transparentes und rechtssicheres Programmangebot zu schaffen, das persönliche, soziale, kommunikative und fachliche Kompetenzen miteinander kombiniert. Die Rückmeldung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und die Ergebnisse der Evaluation bestätigen, dass uns dies sehr gut gelungen ist“, so der Kultusminister. Als Ergebnis der Evaluation soll es zukünftig eine feste Kontaktperson für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die gesamte Reihe hinweg, ein Qualitätssicherungssystem sowie eine begleitende Evaluation für die nächsten drei Jahre der hessenweiten Einführung geben. Auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigten sich von der neuen Qualifizierung überzeugt: „Es ist auf jeden Fall sinnvoll, sich vor Amtsübernahme gut vorzubereiten, um zu wissen, auf was man sich einlässt. Wir haben mit der Qualifizierung gute Erfahrungen gemacht und können sagen, dass wir immer noch ‚Lust auf Leitung‘ haben“, so Elvira Rauschenberg und Malte Luther.

Das im Verlauf der Evaluation bereits überarbeitete Programm besteht nun aus einem Reflexionstag, fünf Modulen (Kommunikation und Leitung, Unterrichtswirksame Führung, Schulbudget, Schulrecht, Qualität und Veränderungsprozesse) sowie einem fiktiven Fallszenario unter dem Motto „Die ersten 100 Tage an einer neuen Schule“. Die Dauer beträgt insgesamt rund ein Jahr und endet mit einer Abschlussveranstaltung und der Zertifikatsübergabe. Die Teilnahme an einem anschließenden Eignungsfeststellungsverfahren (3-tägiges Assessmentcenter) im Vorfeld einer Stellenbewerbung dient schließlich der Überprüfung der in der Qualifizierung entwickelten Kompetenzen.

Hessenweite Einführung zum kommenden Schuljahr – verbindliche Voraussetzung für eine Bewerbung in den nächsten fünf Jahren

Neben der Pilotphase und der externen Evaluation diente als Vorbereitung auf die zum kommenden Schuljahr vorgesehene hessenweite Einführung auch ein intensiver Austausch mit allen bereits aktiven Schulleiterinnen und Schulleitern. Darüber hinaus zeigte das Feedback aus acht Veranstaltungen unter dem Motto „Lust auf Leitung“, in denen über 500 interessierte Lehrkräfte ihr Interesse an einer zukünftigen Teilnahme bekundet haben, zeigte, dass das neue Programm großen Anklang findet. „Daher haben wir uns entschieden, jedes Jahr mehr als 250 Lehrerinnen und Lehrern die Chance zu geben, sich als zukünftige Schulleiterinnen und Schulleiter zu qualifizieren – bei einem jährlichen Bedarf von rund 150 neuen Schulleitungen eine Zahl, auf die ich durchaus stolz bin. Wir qualifizieren damit nicht nur besser, sondern sorgen auch dafür, dass uns im Rahmen der Schulleiterstellenbesetzungsverfahren eine große Auswahl an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern zur Verfügung steht“, erklärte Lorz abschließend.

Mittelfristig ist zudem vorgesehen, die Qualifizierung für neu ins Amt gekommene und berufsbegleitend für langjährige Schulleiterinnen und Schulleiter auszuweiten und auch an dieser Stelle für eine noch bessere und qualitativ hochwertigere begleitende Unterstützung zu sorgen.

BERLIN

**LEHRER- UND SCHÜLERDATENBANK (LUSD)
GEHT AN DEN START**

Die erste Schule, die mit der neuen Schulmanagementsoftware arbeitet, ist die Grundschule am Koppenplatz. Bis zu den Sommerferien werden weitere 20 Schulen an die Datenbank angeschlossen. Die übrigen Schulen werden sukzessive folgen.

Zur Unterstützung der schulischen Verwaltungsprozesse von Schülerinnen und Schülern, Unterricht und Zeugniserstellung wurde das in Hessen erfolgreiche Programm Lehrer- und Schülerdatenbank (LUSD) im Dezember 2015 für Berlin zur Nachnutzung erworben. Getestet wurde es vorab von Schulleitungen, Sekretariaten und Schulaufsichten, die diverse Anpassungserfordernisse für eine „Berliner LUSD“ formulierten.

Bildungssenatorin Sandra Scheeres: „Schulen erhalten mit dem neuen Programm ein wirksames Instrument zur Unterstützung ihrer alltäglichen Arbeitsprozesse. Schüleraufnahme, Organisation von Schülerlaufbahnen und Klassenbildung können von nun an zeitsparend bearbeitet werden. Die Vorteile sind vielseitig: Durch die zentrale Lösung arbeiten alle Schulen zukünftig mit der gleichen

Softwareversion. Schulen, die mehrere Standorte haben, greifen von allen Schulstandorten auf die gleichen Daten zu. Aufwendige Administration der IT vor Ort wird von nun an durch das ITDZ zentral übernommen – wie zum Beispiel die Installation von Updates. Änderungen rechtlicher Art wie bspw. auf Zeugnisformularen können zukünftig ebenfalls zentral vorgenommen werden. Beim Schulwechsel und -übergang müssen Daten nicht mehr neu erfasst werden. Die neue Datenbank entlastet die Schulleitungen und Schulsekretariate erheblich.“

Ines Fiedler, Leiterin des IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ Berlin): „Die LUSD bietet den Berliner Schulen einen zentralen Lösungsansatz: Die IT-Infrastruktur vor Ort in den Schulen wird reduziert und im ITDZ Berlin zusammengeführt. Dies verringert die Störanfälligkeit, macht die Arbeitsprozesse sicherer und reduziert die Kosten für den Unterhalt der IT-Infrastruktur. Durch den zentralen Serverbetrieb in unserem Rechenzentrum sind die Daten der LUSD bei uns im ITDZ Berlin in einem Netzwerksegment mit höchster Sicherheitsstufe angesiedelt.“

Die Überführung der bisher in den Schulen betriebenen Programme und Daten in die zentrale Umgebung des ITDZ Berlin erfolgte in den vergangenen Monaten schrittweise. Vor jedem Wechsel (Migration) einer Schu-

le von der dezentralen zur zentralen Lösung fand ein „Migrationsgespräch“ statt, in dem die individuellen Gegebenheiten der Schulen und die konkrete Vorgehensweise des Wechsels besprochen wurden.

Die Lehrer- und Schülerdatenbank ist Teil des Projekts eGovernment@School, das den Aufbau einer zentralen Schulverwaltungsumgebung als IT-Plattform zur Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Schulaufsichtsbehörden, Schulbehörden (bezirkliche Schulträger) und öffentlichen Schulen des Landes Berlin in ihren jeweiligen Arbeitsabläufen sowie in ihren Informations- und Entscheidungsprozessen zum Ziel hat. Dazu gehören die IT-Infrastruktur (dezentrale IT-Infrastruktur), IT-Dienste (Schuldesktop, Email, Internet) sowie IT-Fachverfahren (Software zur Unterstützung von Fachprozessen sowie definierte Schnittstellen).

Anzeige

Haben Sie uns schon getestet?
SchulleiterABC
 das Original
Das Schulleiter ABC Online – Die Arbeitshilfe im Schulalltag.

Wir bieten Ihnen die Online-Kartei für Schulleitungen und Schulbehörden. Hier finden Sie schnell prägnante und kurze Auskunft. Alphabetisch nach Stichworten aufgebaut.

**Testen Sie unverbindlich alle Vorteile:**

www.bildung.mgo-fachverlage.de → SchulleiterABC Online

Benutzername: 2017abc

Passwort: test3112

Wählen Sie Ihr Bundesland!

Kostenloser Testzugang bis 31.12.2017 freigeschalten!

Sie haben Fragen?

Kontaktieren Sie uns, wir beraten Sie gerne.



MEDIENGRUPPE
OBERFRANKEN
FACHVERLAGE

Überzeugt? Fordern Sie Ihren persönlichen Abo-Zugang (3 Lizenzen) an:

Mediengruppe Oberfranken – Fachverlage GmbH & Co. KG

E.-C.-Baumann-Straße 5, 95326 Kulmbach, Tel. 092 21/ 949-204, Fax 092 21/ 949-377

www.bildung.mgo-fachverlage.de, E-Mail: bvf.vertrieb@mgo-fachverlage.de

DEMOKRATIE UND PARTIZIPATION

Jahresthema 2017: Bildung in Europa – von anderen lernen

Frühjahrsplenartagung des Bundeselternrates, 12.-14. Mai 2017

Quelle: **BundesElternRat**

MEHR ALS DIE REINE WISSENSVERMITTLUNG

Mit großer Sorge sieht der Bundeselternrat, dass nach wie vor die Gefahren von Totalitarismus und Nationalismus in Europa bestehen. Das Verständnis über demokratische Werte und die Funktionsweise von Demokratie drohen verloren zu gehen. Vorurteile, Ressentiments und Scheinwahrheiten bis hin zu Fake News werden geschürt und machen in sozialen Netzwerken unkritisch die Runde. Eine kritische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Meinungen – der Nährboden für Demokratie – wird teilweise unterminiert. In ersten europäischen Parlamenten werden die Gewaltenteilung sowie die Unabhängigkeit der Medien ausgehöhlt. In verschiedenen Regionen der Welt sehen wir, wie durch Fördern von Angst, Stigmatisierung von Minderheiten oder dem Schüren von Hass auf Andersdenkende autoritäre Regimes errichtet werden.

Für die Kinder und Jugendlichen ist der Lebensraum Schule neben der Familie der wichtigste Erfahrungsraum, in dem ihre Grundwerte entwickelt werden. Hier soll eine positive innere Haltung zur Welt und zu einem menschenfreundlichen, demokratischen Gemeinwesen entstehen. Familie und die Schule sind die zentralen Orte an denen junge Menschen den Umgang mit Demokratie und ihre eigene Wirksamkeit als handelnde Personen erfahren können. Bildung an den Schulen ist mehr als die reine Wissensvermittlung. Demokratie lebt von Vorbildern wie den Eltern und den Lehrkräften.

SCHULEN KÖNNEN AKTIV ZUR STÄRKUNG DER DEMOKRATISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT BEITRAGEN UND WERDEN IN DER WISSENSVERMITTLUNG ERFOLGREICHER, WENN

- ▷ Demokratie in Schulen auf allen Ebenen gelebt sowie eine beteiligende Schul- und Unterrichtsentwicklung auf Augenhöhe gepflegt wird.
- ▷ alle Kinder ihren Begabungen nach gerecht gefordert und gefördert werden und dabei niemand zurückgelassen wird.
- ▷ sie ihre Schülerinnen und Schüler in einer aktiven Feedbackkultur mit einbeziehen.
- ▷ die Elternhäuser ihre Mitwirkungsmöglichkeiten aktiver nutzen.

UM DIESES ZIELBILD ZU ERREICHEN, FORDERT DER BUNDESELTERNRAT:

- ▷ In den Bundesländern muss eine gesetzlich verankerte Lehrer-Eltern- und Schülermitwirkung auf allen Ebenen sichergestellt werden.
- ▷ Lehrkräfte, Pädagoginnen und Pädagogen müssen für die Demokratieerziehung umfassend aus- und fortgebildet werden.
- ▷ Schulen müssen die Werte und die Funktionsweise von Demokratie vermitteln, das erforderliche Handwerkzeug lehren und zur aktiven Partizipation begeistern. Trainiert und gelebt werden kann dies z. B. in Schülerparlamenten, im Klassenrat und in der Ausbildung zu Streitschlichtern.
- ▷ Schülerinnen und Schüler erhalten das Recht, eine Lehrkraft ihrer Wahl als Vertrauensperson zu bestimmen und zur Unterstützung der demokratischen Rechte in Anspruch zu nehmen.
- ▷ Eltern benötigen Unterstützung und Wissensvermittlung bei ihren Bemühungen an der Schule Mitwirkungsrechte wahrzunehmen

DEMOKRATIEERZIEHUNG IST EIN MUSS

Demokratieerziehung kann nicht früh genug einsetzen. Demokratie braucht eine Kultur der Wertschätzung und Toleranz gegenüber unterschiedlichen Werten und Meinungen. Demokratische Prozesse, die Notwendigkeit Kompromisse auszuhandeln und auszuhalten, die Organisation von Interessen, das Bilden von Netzwerken – all das muss verstanden werden, um als mündiger Bürger eine aktive Rolle in der Zivilgesellschaft einnehmen zu können.

In diesem Sinne lernen Schüler, dass in einer Welt globalisierter Wirtschaftsinteressen Demokratie auch in größeren Dimensionen, europäisch gedacht werden muss. Die Akzeptanz der Europäischen Union ist kein Selbstverständnis. Wir fordern die Schulen auf, die Errungenschaften des europäischen Prozesses im aktiven Diskurs sichtbar zu machen. Hierzu gehört auch seitens der Politik die Förderung und Unterstützung von Schulen bei Kooperationen und Partnerschaften mit anderen europäischen Schulen, um Toleranz und Akzeptanz gegenüber anderen Ländern und Kulturen zu lernen. So werden auch die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der UN bekannt und erreicht.

„Top-down-regieren klappt nicht“

Prof. Heinz-Elmar Tenorth im Interview

Fehlende Basiskompetenzen, marode Schulgebäude, mangelnde Chancengleichheit: Bildungspolitikern stehen vor vielen Herausforderungen. Anne Odendahl sprach mit Heinz-Elmar Tenorth, emeritierter Professor für Historische Erziehungswissenschaft, über das deutsche Bildungssystem, dessen Verlierer und dessen Zukunft.

Quelle: **BEGEGNUNG – Deutsche schulische Arbeit im Ausland 2-2017** • Fotos: **AlphaGrund, Fotolia**



Prof. Heinz-Elmar Tenorth

Herr Prof. Tenorth, Sie empfahlen Bildungspolitikern jüngst in einem Vortrag, einfach mal ein Jahr lang nichts zu tun. Wie ist das gemeint?

Tenorth: Das ist natürlich eine rhetorische Zuspitzung. Aber mein Vorschlag wäre tatsächlich, dass sich die Bildungspolitik einmal dazu durchringt, innezuhalten und sich selbstkritisch zu beobachten. Bei allem, was evaluiert wird – Lehrer, Schulversuche, Schulen – ist die Bildungspolitik selbst das einzige System, das nicht evaluiert wird. Auch sie sollte ein Jahr lang die eigenen Effekte studieren und zudem von außen nüchtern messen lassen.

Was sind für Sie die Grundlagen guter Bildungspolitik?

Ich würde mindestens drei Dimensionen erwarten. Zum ersten eine vernünftige Schulgesetzgebung, die Schulen, Kollegien, Eltern und Schülern das Recht einräumt, ein Schulprofil auszubilden und ihre Arbeit nach eigenen Interessen und Zielen zu koordinieren. Ein Schulgesetz müsste den Mut haben, diese Selbstständigkeit in der Abhängigkeit zuzugestehen. Das zweite ist eine auskömmliche, auch für die Handlungsfähigkeit der Einzelschule förderliche Finanzierung. Ein Beispiel: Berliner Schulen haben ungefähr 500 Euro für die Weiterbildung des Kollegiums pro Jahr – für alle fachdidaktischen, fachwissenschaftlichen, schulbezogenen und diagnostischen Themen. Da veralbert man die Schule. Die Politik sollte auch dafür sorgen, dass Schulen nicht wie verdreckte Armenhäuser aussehen.

Drittens sollten Bildungspolitikern kompetente, selbstbewusste Lehrkräfte ermutigen, betreuen und systematisch qualifizieren. Lehrerbildung geschieht nicht allein an Universitäten, sondern auch im Referendariat und im neuen Kollegium. Das kostet Geld und Zeit und ist bei der aktuellen Lehrverpflichtung und hohen Belastung der Referendare nicht realisierbar. Um diese drei Dimensionen – Gesetzgebung, Finanzierung und Sicherung der professionellen Kompetenz – muss sich der Staat kümmern.

Warum scheitern Bildungspolitikern daran, diese Dimensionen umzusetzen?

Das Dumme ist, dass man mit Bildungspolitik zwar Wahlen verlieren, aber nicht gewinnen kann. Die meisten Bildungspolitikern wollen im Grunde intervenieren und gestalten. Sie verfolgen eine Strategie des Top-down-Regierens. Dann fallen ihnen die kuriosesten Dinge ein, wie Edmund Stoibers Idee, aus G9 G8 zu machen. Aber das klappt nicht.

Kritiker sagen, dass Bildungspolitik zu stark aus dem Bauch heraus gemacht wird, während die Empirie keine Beachtung findet. Stimmt das?

Sie erfolgt nicht aus dem Bauch heraus, sondern nach den Kriterien des politischen Systems. Ein Bildungspolitikern will wiedergewählt werden, kostengünstig arbeiten und sich nicht von außen belehren lassen, denn das wäre störend. PISA und andere Studien sind keine Untersuchungen zur Implementierung von Reformprozessen oder zur Ver-

wirklichung der Qualitätsverwirklichung und -steigerung. PISA erstellt nur eine Defizitdiagnose, ohne zu sagen, wie es besser gehen kann. Das heißt: Die Beobachtung des Bildungssystems durch diese Outcome-orientierten Messungen ist eine wichtige systembezogene Information, aber sie erreicht das Klassenzimmer nicht.

Sie selbst kritisieren PISA als „Störungsnutzen“. Ist das der einzige Mehrwert?

Abgesehen davon, dass man die alte Bequemlichkeit aufgestört und dem deutschen Bildungssystem den Nimbus des besten Systems der Welt genommen hat, ist nicht viel passiert. Schule und Bildungswesen stehen jetzt unter Rechtfertigungszwang. Aber dieser bezieht sich nur auf die Dimensionen, die PISA misst. Also, wo in der Skala der OECD-Länder steht ihr? Ein Punkt, der mich umtreibt, ist die Risikogruppe männlicher Jugendlicher ohne Schulabschluss. Sie kümmert keinen mehr, weil der Mittelwert top ist. Die Anzahl der Schüler ohne Schulabschluss ist in den letzten zehn Jahren tatsächlich deutlich gesunken: von weit über 15 Prozent auf inzwischen um die 7 Prozent. Das sind Schüler, die jetzt offenbar ein Zeugnis bekommen, ohne Kompetenzen nachzuweisen. Einem solchen Zeugnis kann man nur durch den Tod entgegen, spotte ich gerne. Wir lösen das politische Problem, aber die Kompetenzvermittlung – die an sich das Ziel war und die man zertifizieren muss – spielt dabei überhaupt keine Rolle mehr. Die Lehrherren erhalten inzwischen Lehrlinge,

die zwar ein Abschlusszeugnis, aber keine Ausbildungsreife haben, weil die Basiskompetenzen fehlen.

Der Übergang von der Schule in den Beruf gelingt häufig nicht so reibungslos wie gewünscht. Werden Schüler in Deutschland ausreichend auf das Berufsleben vorbereitet?

Ausbildungsreife haben sicherlich Abiturienten und die meisten Absolventen der Sekundarstufe I oder beruflicher Bildungsgänge wie der Fachoberschule. Aber die eben genannte Risikogruppe ist bestimmt nicht hinreichend ausbildungsreif. Was die kognitiven, mentalen und sozialen Voraussetzungen für die Ausbildung angeht, ist die Vorbereitung nicht hinreichend für alle.

Könnte eine bessere schulische Berufsorientierung helfen, diese Schüler gezielter auf die Anforderungen der Arbeitswelt vorzubereiten?

Das ist nicht einfach zu sagen, weil es diese Gruppe der Risikojugendlichen und Nichtausbildungsreifen schon relativ lange im deutschen Bildungssystem gibt. Man beginnt nur allmählich, besondere Programme zu entwickeln. Viele dieser Jugendlichen gehen gar nicht mehr regelmäßig in die Schule. So elementare Voraussetzungen wie eine konstante Beschulung müssten erst gesichert werden.

Ein Blick in die Zukunft des deutschen Bildungssystems: Wie wird die Digitalisierung die Bildung verändern?

Digitalisierung ist in der beruflichen Bildung von großer Bedeutung und wird da auch für gravierende Veränderungen sorgen. In allgemeinbildenden Schulen bin ich, entgegen der allgemeinen Euphorie, eher skeptisch, weil ich noch nicht genau absehen kann, was Digitalisierung eigentlich verändert. Ich glaube zum Beispiel nicht, dass sie den Erwerb von Sprachkompetenz grundsätzlich anders strukturiert. Man hat vielleicht bessere Übungsmöglichkeiten, aber Schreiben, Lesen oder mathematische Aufgaben durchzuführen, wird nicht durch digitalisierte Datenspeicher oder Geräte verändert, auf die ich anders zugreifen kann. Die ersetzen weder Schule noch Lehrer.

Welche Prognose stellen Sie dem Integrationserfolg deutscher Schulen?

Was Schulen im Integrationsprozess gut vermitteln können, sind kulturelle Basiskompetenzen, Sprachfähigkeiten, grundlegende Kulturtechniken und die Fähigkeit zur Selbstorganisation. Allerdings nur, wenn man sie nicht alleine lässt, was im Augenblick passiert. Wenn man nur dafür sorgt, dass Kinder in Schulen aufbewahrt werden, aber keine Programme und kompetent ausgebildeten Lehrer hat, die zum Beispiel mit Deutsch als Zweitsprache umgehen können, wird das lange ein Problem bleiben.



Chancengleichheit

Wie wird sich die Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem zukünftig entwickeln?

Eine massive Bildungsungerechtigkeit, die ich sehe, betrifft die Risikogruppen. Diesen Jugendlichen nimmt man die Chance, Lernkompetenzen so auszubilden, dass sie selbstständig in weitere Lern- und Ausbildungsprozesse sowie berufliche und gesellschaftliche Tätigkeiten einsteigen können. Da muss man sich noch 20 weitere Jahre anstrengen. Strukturelle Ungerechtigkeit sehe ich in der Tatsache, dass man bei uns auf Kosten der Gemeinschaft studieren kann, während Eltern für Kitas bezahlen müssen. Die wichtigste Stufe der Bildung kostet die Eltern Geld, wohingegen die Privilegiierungsstufe der Bildung kostenlos ist. Das halte ich für einen wirklichen Skandal. Studiengebühren sind meiner Meinung nach notwendig. Ich würde dagegen keine Bildungsungerechtigkeit darin sehen, dass sich vom Sekundarbereich II an unterschiedliche Bildungswege ausdifferenzieren und nicht jeder

einen akademischen Ausbildungsgang wählen kann. Ich habe nicht den Eindruck, dass in der Bildungspolitik diese Prioritätendiagnose geteilt wird. Sie fragt bei Bildungsungerechtigkeit immer noch: „Abitur ja oder nein?“ Das halte ich für die falsche Perspektive.

DIESER BEITRAG WURDE ZUERST IN DER ZEITSCHRIFT „BEGEGNUNG – DEUTSCHE SCHULISCHE ARBEIT IM AUSLAND“ 2-2017 VERÖFFENTLICHT.

Schulen als Lern- und Lebensräume

Ein interkulturelles Gesamtkonzept

Aus der Not entsteht gelegentlich Kreativität. Beispiel: zwei marode Schulgebäude mit zwei Grundschulen in direkter Nachbarschaft. Die eine katholisch und mit einem verschwindend geringen Migrantenanteil, die andere städtisch und mit Klassen, in denen kaum noch deutsche Kinder angemeldet werden. Spätestens jetzt, im Jahr 2002, muss etwas geschehen. Schritt 1: Die Schulen werden zusammengelegt und entwickeln ein neues Konzept, Schritt 2: Das Konzept bekommt den passenden Rahmen, einen Schulcampus.

Quelle: *Erziehung und Wissenschaft (E&W)*, Frankfurt am Main 10/2011 • Fotos: Youtube

Anzeige

econo=me

Der Schülerwettbewerb Wirtschaft und Finanzen 2017/18

Mitmachen – mitgewinnen

Preise im Wert von über 50.000 €

econo-me.de

Anmeldung ab 04.09.2017
Einsendeschluss **28.02.2018**

Eine Initiative der:



Flossbach von Storch
Stiftung

macht Schule
Handelsblatt

Schirmherrschaft:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie



WIE ALLES BEGANN

Im Bonner Stadtteil Mehlem treffen viele Nationen und viele soziale Schichten zusammen. Und nicht alle Eltern waren anfangs begeistert, als die beiden Grundschulen zum Schuljahr 2003/2004 zur Katholischen Grundschule zusammengelegt wurden. Doch die Entwicklung der Schule überzeugte bald. Gemeinsam mit der Uni Köln hatte das Kollegium ein interkulturelles Gesamtkonzept erarbeitet. Dazu gehört neben dem katholischen und evangelischen auch der islamische Religionsunterricht, neben dem Deutschunterricht der Arabischunterricht, neben der Weihnachtsfeier auch die Ramadanfeier. Zwei Jahre lang versuchten Lehrer und Eltern dann, wenigstens etwas von diesem Konzept in den Räumen sichtbar zu machen, mit neuen Anstrichen, mit Farben und Vorhängen. Doch Wände konnten sie nicht einreißen und gegen die kaputten Fenster, die teilweise mit Brettern abgedichtet werden mussten, kamen sie nicht mehr an.

„Dann erhielt ich einen Anruf der Montag-Stiftungen“, erinnert sich Schulleiterin Annie-Katherina Kawka-Wegmann. Die von dem Bildenden Künstler und Bauunternehmer Carl Richard Montag gegründeten Montag Stiftung Urbane Räume sowie Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft gehören unterdessen zu den führenden Akteuren, wenn es in Deutschland um Konzepte für Bildungsbauten geht. Die Stiftungen initiieren und begleiten Planungsprozesse, sie beraten Schulen und Kommunen und liefern mit der Online-Datenbank ‚Lernräume Aktuell‘ Inspirationen für Bildungsbauten. Sie sind außerdem Projektpartner bei der Entwicklung und Gestaltung eines ganz besonderen Projekts: der Bildungslandschaft Altstadt Nord in Köln. Im Kölner Stadtteil rund um den Klingelpützpark soll ein Bildungsverbund aus sieben Bildungseinrichtungen entstehen, der die gesamte Bildungskette abbildet und verknüpft – von der Kindertagesstätte über Schulen und Jugendzentrum bis zum Weiterbildungskolleg.



Annie-Katherina Kawka-Wegmann, Schulleiterin, Bonn

WENN VISIONEN AUF VORGABEN TREFFEN

Ein Jahr lang trafen sich die Mehlemer Lehrer und Eltern regelmäßig mit den Verantwortlichen der Stiftungen, sie diskutierten, sie entwickelten Pläne und änderten sie wieder. Konflikte und Kompromisse sind vorprogrammiert, wenn Visionen von pädagogischer Architektur mit Vorstellungen und Vorgaben der Verwaltung zusammenprallen. „Unsere Fragestellung war von Anfang an, wie wir das pädagogische Konzept vor Ort mit einer Architektur übersetzen können“, erklärt Dr. Karl-Heinz Imhäuser, Vorstand der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft. Dazu gehörte neben dem interkulturellen Konzept auch der Wunsch, die Bildungskette vom dritten bis zum zehnten Lebensjahr durchgängig zu gestalten. „Eine für die Stadt Bonn zunächst etwas fremde Idee.“ Die aber dennoch Wirklichkeit wurde.

Was sich nicht realisieren ließ, war ein offeneres Raumkonzept, wie man es aus skandinavischen Ländern und auch von einigen deutschen Schulen kennt. Komplett aufschiebbarer Klassenwände scheiterten an den Vorstellungen der Verwaltung und auch an dem deutlichen Hinweis, dass dies noch mehr Begehrlichkeiten bei an-

dern Schulen wecken könnte. Gelungen hingegen ist etwas anderes: Hier gibt es drei statt nur ein Lehrerzimmer, und die sind dicht an den Klassenräumen. „Denn“, so Karl-Heinz Imhäuser, „es ist wichtig, dass Schüler ihre Lehrer auch jenseits der Unterrichtssituation arbeiten sehen.“

DORF IM DORF

Das bunte Ensemble aus zwei Schulgebäuden, dem Verwaltungsgebäude und dem Kindergarten wirkt wie ein Dorf im Dorf und der Schulhof wie der Dorfplatz. Bestimmend sind Farbe und Licht: warme Orangetöne, Fenster, die bis zum Boden reichen und Glastüren, die aus den Klassenzimmern ins Freie führen. In einigen Klassen laden Liegestühle auf den Freiflächen die Kinder zum Lesen oder zum Träumen ein.

Es gibt keine traditionellen Klassenräume, sondern Einheiten, bestehend aus dem Klassenvorraum mit einem Waschbecken, der auch Platz für Schuhe und Jacken bietet. Vom 90 qm großen Klassenraum zweigt außerdem noch ein Nebenraum ab, der für individuelle Förderung, für Sprachunterricht, zur Computerrecherche oder zum konzentrierten Lernen genutzt werden kann.

Das Herz der Schule aber ist die große Eingangshalle des mittleren Gebäudes. „Die Kinder lieben diese Aula“, erzählt Annie-Katherina Kawka-Wegmann. „Hier werden die Schüler gekürt, die sich durch etwas ausgezeichnet haben, was nicht im Zeugnis steht. Hier präsentieren sie die Projekte ihrer Klassen. Dieser Raum schafft eine große Gemeinschaft.“ Und zwar längst nicht mehr nur für Schüler und Lehrer: „Es ist doch mittlerweile klar, dass Kommunen einen Mehrwert haben, wenn sie Bildungsorte auch als Zentren für kommunale Angelegenheiten verstehen“, weiß Karl-Heinz Imhäuser.

Sternförmig zweigen von der Aula die sechs Räume der Offenen Ganztagschule ab. Hier verbringen 150 der insgesamt 340 Kinder ihre Nachmittage. In Räumen, die sich mit großen Fenstern und Türen nach außen öffnen, die Platz zum Essen, zum Lernen aber auch zum Toben oder zum Ausruhen bieten.

Die Kita schließlich ist der Schule in Farbgestaltung und Architektur sehr ähnlich, auch hier reichen die Fenster bis zum Boden, bestimmen warme Farben die Räume. Im offenen Eingangsraum sitzen heute Mittag einige Erst- und Zweitklässler bei den Hausaufgaben. „Für die Kinder gibt es keine Grenzen zwischen Kita und Schule“, erklärt Kita-Leiterin Angelika Zehnder. Früh schon haben ihre Schützlinge Kontakt zur Schule und später besuchen die Schüler gern ihre alte Kita. Die Einrichtung in Mehlem arbeitet nach einem teiloffenen Konzept: Am Morgen spielen und lernen die unter Dreijährigen und die größeren Kinder getrennt in ihren Gruppenräumen. Später treffen sie sich im Konstruktionsraum, im Rollenspielraum oder im Bewegungsraum.

TEIL DER KOMMUNE

Katholische Grundschule, Offene Ganztagschule und Kita: Diese Bildungslandschaft im Kleinen ist in kurzer Zeit sowohl Lebens- und Lernraum für Kinder, Lehrer und Eltern als auch Teil der Kommune geworden. „Ich habe hier nicht das Gefühl, dass ich unbedingt nachmittags nach Hause gehen muss“, sagt Annie-Katherina Kawka-Wegmann. So geht es auch vielen Müttern. Für sie ist die Schule zum wichtigen Treffpunkt geworden. Und dafür muss die Bauplanung wohl noch einmal aktiv werden. „Was fehlt, ist ein Pavillon oder eine Teestube.“ Immer wieder sind es also Etappenziele, die erreicht werden. Und künftig werden andere Schulen gebaut werden müssen, da ist sich Karl-Heinz Imhäuser sicher. Für neue Konzepte sorgt allein schon die angestrebte Inklusion. „Wenn die großen Förderschulen aufgelöst werden, dann werden wir in Schulen ganz andere Räumlichkeiten brauchen und wir werden die Schulen anders ausstatten müssen.“

DER PÄDAGOGISCHE BAUAUSSCHUSS

Ein gutes Beispiel dafür: die Schule Wittekindshof in Bad Oeynhausen. Hier leben und lernen Kinder mit unterschiedlichen Behinderungen. Und für sie alle sollte eine gemeinsame Schule gebaut werden. Eine Herausforderung, der sich die Bielefelder Architektin Elke Maria Alberts mit ihrem Team und einem besonderen Konzept gestellt hat. Seit Jahren arbeitet auch Marc Wübbenhorst als pädagogischer Mitarbeiter in ihrem Architekturbüro. Der Pädagoge sieht sich als „Übersetzer“ zwischen der Welt der Architektur und der Welt der Schule. Außerdem geht Elke Alberts mit dem pädagogischen Bauausschuss konsequent neue Wege. „Der pädagogische Bauausschuss wird weit vor den ersten Zeichnungen ins Leben gerufen“, erklärt sie. „Wir sprechen erst miteinander – das kann auch zwei Jahre dauern – ehe dann die konkreten Planungen stattfinden.“

Im pädagogischen Bauausschuss versuchen interessierte Lehrer und die Schulleitung gemeinsam mit dem Architekten, das pädagogische Konzept in ein Baukonzept zu übertragen. Mit im Boot ist auch der Hausmeister. „Er gehört zu den wichtigsten Personen im Bauausschuss, er kennt jede Ecke des Schulgebäudes und auch alle Mängel.“ Die Interessen der Schüler, so sieht es das Konzept vor, werden von den Lehrern in den Ausschuss getragen. Die Vorstellungen des Ausschusses landen dann dort, wo die Entscheidungen fallen: beim Schulträger. Etliche Wünsche werden realisiert, einige scheitern an festgefahrenen Vorstellungen, andere an finanziellen Hürden, erklärt die Architektin. „Wenn auch aus Kostengründen nicht jeder Wunsch umgesetzt wird, wie zum Beispiel hier der nach einem baubiologischen Gutachten, konnte doch ein Großteil verwirklicht werden.“



Andreas Becker-Brandt, Schulleiter, Bad Oeynhausen

IDEAL AUSGESTATTET FÜR DIE INKLUSION

Auch hier gibt es keine einzelnen Klassenräume, sondern Lerneinheiten, bestehend aus einem großen Unterrichtsraum, einem Gruppenraum mit einer Küchenzeile und einem Materialraum. Mit leicht transportierbaren Hockern, die an den Wänden gestapelt werden, können die mittleren Flure außerdem in Unterrichtsräume verwandelt werden. Beamer und Leinwände sorgen für die notwendige technische Ausstattung. Im September sind die Schüler mit Pauken und Trompeten in ihre neue Schule eingezogen. Bald schon werden die demografische Entwicklung und der inklusive Unterricht für einen deutlichen Rückgang der Schülerzahlen sorgen – und dann wird die Schule nicht mehr ausgelastet sein, es sei denn aus der Förderschule wird eine Schule für alle Kinder. „Wir sind für solche Inklusionskonzepte offen“, erklärt Schulleiter Andreas Becker-Brandt. Und: „Vieles von dem, was eine Schule sich an Ausstattung wünscht, ist hier vorhanden.“

Anzeige

LEARNTEC | Internationale Fachmesse und Kongress

Leitmessen für digitale Bildung
Schule | Hochschule | Beruf

#LEARNTEC2018

www.learntec.de

30. Jan. – 1. Feb. 2018
Messe Karlsruhe

LEARNTEC



IDEEN VERBINDEN.
Karlsruhe –
Messen und Kongresse

Schulleiter: Vom Verwalter zum Gestalter

Leitungsstellen müssen attraktiver werden

Zuweilen ist es die Quadratur des Kreises: Schulleiter müssen ihre Kollegen, die Schulämter, die Eltern und nicht zuletzt die Schülerinnen und Schüler zufriedenstellen. Alle Seiten haben andere Ansprüche. So ist es kaum verwunderlich, dass immer weniger Lehrkräfte auf die Karrieresprosse Schulleitung klettern möchten.

Quelle: Erstveröffentlichung Klett Themendienst Schule Wissen Bildung Nr. 61

NICHT „VON OBEN HERAB“

Was macht eine gute Schulleitung aus? „Ein Schulleiter oder eine -leiterin sollte diplomatisch sein, engagiert, wortgewandt und einen Blick für Menschen haben. Eine Schule ist immer so gut wie ihre Leitung“, meint Swantje Kirsch, Lehrerin in Gaiberg. „Es geht nicht nur darum, ‚von oben herab‘ Ideen zu vermitteln, sondern darum, einen gemeinsamen Weg mit dem gesamten Kollegium für die Schulentwicklung zu finden“, stellt Iris Fuchs aus Weinheim fest. „Er oder sie muss auch unangenehme Dinge durchsetzen, wenn es nützlich für die allgemeine Schulentwicklung ist“, ergänzt Benjamin Graf, Lehrer in Ostfelden.

MANGEL AN SCHULLEITERN

Arbeitszeiten von bis zu 50 Stunden die Woche? Das Mädchen für alles sein für alle? Nein, danke. Laut einer Umfrage des Verbandes Bildungsmedien e. V. waren im Mai 2013 beispielsweise 34 Rektorposten in Berlin vakant, in Niedersachsen laufen aktuell 351 Besetzungsverfahren, in NRW sind gar 704 Leitungsstellen ausgeschrieben. Die Argumente gegen den Schulleiterposten sind vielseitig. „Man sitzt immer zwischen den Stühlen“, gibt eine Lehrerin aus Heidelberg zu bedenken.

ATTRAKTIVE HERAUSFORDERUNGEN

Für Michael Fritz, Geschäftsführer des ZNL TransferZentrum für Neurowissenschaften und Lernen, ist die Schulleitung dennoch ein sehr attraktiver Job: „Ich habe ihn gleich zweimal gemacht. Man kann unheimlich viel gestalten und etwas bewirken – viel mehr als ein Lehrer!“ Prozesse zu gestalten und zu begleiten, das empfindet Martin Wellnitz, stellvertretender Schulleiter in Rietberg, als besonders spannend: „Schließlich stellt mir die Arbeit in der Schule immer wieder neue herausfordernde Aufgaben, gerade jetzt, da wir die Auswirkungen des demographischen Wandels spüren und an Visionen, wie z. B. dem Aufbau eines inklusiven Bildungssystems, arbeiten.“

ROLLENWANDEL

Michael Fritz, dessen Vater bereits Schulleiter war, sieht einen Rollenwandel im Berufsbild: „Mein Vater hat die Schule vor allem verwaltet. Als ich Schulleiter war, habe ich die Schule verwaltet und entwickelt. Heute müssen die Rektoren die Schulen noch immer verwalten, sie müssen sie aber vor allem gestalten.“ Dabei seien sie Lernbegleiter der Lehrerinnen und Lehrer. „Was möchtest du als Lehrer erreichen? Was brauchst du dazu?“, das seien die wesentlichen Fragen, in denen ein Schulleiter seine Mitarbeiter unterstützen sollte. Von einem Rollenwandel spricht auch Dr. Michael Baer, Leiter des Studienkollegs der Robert Bosch Stiftung und der Stiftung der Deutschen Wirtschaft: „Früher war der Schulleiter bereits qua Amt eine Respektperson, heute muss er sich diesen Ruf erarbeiten. Er oder sie leitet schließlich eine mittelständische Unternehmung.“ In seinem Studienkolleg erhalten 350 Stipendiaten einen Einblick in die Schule als Organisation.

LEITUNGSTEAMS IM TREND

Gerade die eigenverantwortliche Schule benötigt mehr Führungsressourcen. „Schulleitung sollte mindestens ein ‚Fall für zwei‘ sein“, so Verena Hafner, Produktmanagerin im RAABE Fachverlag für Bildungsmanagement. Die Aufgabenverteilung werde in der Regel schulintern zwischen Schulleiter und Stellvertreter vereinbart, berichtet sie. „Es geht darum, gemeinsam die Qualitätsentwicklung der Schule voranzubringen, die Kommunikation im Kollegium durch Impulse anzustoßen und Kolleginnen und Kollegen zu beraten und zu fördern – eine anspruchsvolle Aufgabe!“ Aber auch ganze Leitungsteams mit drei oder mehr Mitgliedern liegen im Trend, um die Verantwortung zu teilen.

AUS- UND WEITERBILDUNG

Verschiedene Wege führen zum Beruf Schulleitung – in einigen Bundesländern auch über Orientierungsseminare. „Wir können nicht auf Naturtalente warten, sondern müssen frühzeitig Qualifikationen vermitteln und stärker in Köpfe investieren“, fordert Baer. Ausreichende und konkrete Qualifikationsangebote seien das A und O.

Eigenverantwortliche Schule, Inklusion, die Entwicklung zu Gemeinschaftsschulen – Schulleiter sehen sich heute mit vielerlei Anforderungen und einem veränderten Rollenbild konfrontiert. Wiltrud Thies, Schulleiterin (a. D.) an der Sophie-Scholl-Schule Gießen und Schulentwicklungsberaterin, sieht einen besonderen Fortbildungsbedarf beim Thema Inklusion: „Hier liegt meines Erachtens eine Verpflichtung für Schulleitungen, Schule und Unterricht für alle Kinder neu zu denken, sich in Sachen Inklusion gezielt fortzubilden und die inklusive Schulentwicklung steuernd und das Kollegium motivierend voranzutreiben.“ Dazu gehörten sowohl Basisfragen wie Raumbedarf oder Formen der individuellen Förderung in einer heterogenen Umgebung als auch fachdidaktische Fragen.

KOMPAKT

Das Rollenbild des Schulleiters wandelt sich mit dem Schulsystem. Eine kontinuierliche Weiterbildung kann diesen Wandel begleiten. Parallel dazu sollten die Bundesländer passende Qualifizierungen und angemessene Vergütung, auch zeitlicher Art, anbieten.

Deutschland braucht einen Neustart für Inklusion

Das Recht auf inklusive Bildung

Die amtliche Übersetzung der Allgemeinen Bemerkung Nr. 4 zum Recht auf inklusive Bildung liegt endlich vor. Sie dokumentiert die erheblichen Diskrepanzen zwischen dem Menschenrechtsmodell der Vereinten Nationen und den Modellen, die in den Bundesländern bildungspolitisch als Inklusion ausgegeben werden.

Autorin: Dr. Brigitte Schumann • Foto: Fotolia

LEITLINIE FÜR DIE AUSLEGUNG UND UMSETZUNG VON INKLUSIVER BILDUNG

Der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (CRPD) hatte am 2. 9. 2016 in Genf die Allgemeinen Bemerkungen zu Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention als Leitlinie für die Auslegung und Umsetzung von inklusiver Bildung in englischer Sprache vorgelegt. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) gab daraufhin eine Übersetzung in Auftrag, die eigentlich schon im ersten Quartal 2017 nach fachlicher Abstimmung mit der Monitoringstelle am Deutschen Institut für Menschenrechte für die Veröffentlichung vorgesehen war. Dass sie erst jetzt erscheint, hängt nach Auskunft der Pressestelle des BMAS u.a. damit zusammen, dass auch die Kultusministerkonferenz (KMK) wegen ihres großen Interesses in den Abstimmungsprozess einbezogen wurde.

DIE ALLGEMEINEN BEMERKUNGEN ANERKENNEN

Die Allgemeinen Bemerkungen sind nicht rechtsverbindlich wie die Konvention, haben aber den Status eines international anerkannten, maßgeblichen Kommentars, an dessen Umsetzung Deutschland bei zukünftigen Staatenprüfungen durch den Genfer UN-Fachausschuss gemessen werden wird.

Die Allgemeinen Bemerkungen beschreiben ausführlich und eindringlich den normativen Inhalt von Artikel 24 und die damit verbundenen Staatenverpflichtungen. Daraus ergibt sich, dass für Deutschland als Vertragsstaat die Anerkennung und Einhaltung folgender Grundsätze von besonderer Relevanz sind:

- ▷ Inklusive Bildung ist kein Sonderrecht für Menschen mit Behinderungen, sondern „ein fundamentales Menschenrecht aller Lernenden“, auf der Basis von Nichtdiskriminierung, Nichtsegregation und Chancengleichheit zu lernen und in Anerkennung der allen Menschen innewohnenden Menschenwürde gleichberechtigte soziale Teilhabe zu (er-)leben.
- ▷ Inklusive Bildung ist das Recht des Kindes, dem sich die elterliche Verantwortung unterordnet. Ein Wahlrecht der Eltern auf Sonderbeschulung lässt sich daraus nicht ableiten.
- ▷ Die Verwirklichung von inklusiver Bildung verlangt eine umfassende Veränderung aller Lernorte bezüglich ihrer Strukturen, Kulturen, Praktiken und Inhalte und eine angemessene Ausstattung mit Ressourcen, damit alle Kinder in ihrer Unterschiedlichkeit dort erreicht, gefördert und wertgeschätzt werden können.
- ▷ Die Vertragsstaaten werden aufgefordert, so zügig wie möglich

die vollständige Realisierung eines inklusiven Bildungssystems auf allen Ebenen zu erreichen. Die Unterhaltung von zwei Bildungssystemen, bestehend aus einem allgemeinen Bildungssystem und einem auf Segregation beruhenden Bildungssystem, ist damit nicht vereinbar.

- ▷ Unabhängig von der schrittweisen Realisierung eines inklusiven Bildungssystems gilt das Recht des Kindes mit Behinderungen auf inklusive Bildung mit angemessenen Vorkehrungen als unmittelbar anwendbares Recht.

KMK-BESCHLÜSSE REVIDIEREN

In ihren Beschlüssen hat die KMK den menschenrechtlichen Geltungsanspruch von inklusiver Bildung für alle Kinder und Jugendlichen bewusst ignoriert, weil sie die damit unvermeidbar verbundenen äußeren und inneren Strukturveränderungen zugunsten einer Schule für alle ablehnt. Stattdessen hat sie die Gruppe der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen zum alleinigen Bezugspunkt für schulische Inklusion erklärt. Ihre interessengeleitete Auslegung hat sie zusätzlich verfälscht, indem sie aus dem Recht des Kindes mit Behinderung auf inklusive Bildung ein Wunsch- und Wahlrecht seiner Eltern gemacht hat. Damit werden die Sonderschulstrukturen politisch legitimiert und weiterhin aufrechterhalten.

FOLGENSCHWERE VERFÄLSCHUNG BEENDEN

Mit der bildungspolitischen Fixierung auf Kinder mit Behinderungen hat die Inklusion in Deutschland eine einseitige sonderpädagogische Ausrichtung erfahren. Die sonderpädagogische Diagnostik ist zum bundesweiten Treiber von Inklusionsquoten in allgemeinen Schulen und zum Stabilisator von Segregationsquoten in Sonderschulen geworden. Das bedeutet, dass Kinder mit Behinderungen weiterhin stigmatisiert und einer massiven institutionellen Diskriminierung ausgesetzt werden, obwohl die UN-BRK die Aussonderung wegen einer Behinderung untersagt.

Durch den Erhalt des sonderpädagogischen Doppelsystems bleiben einerseits Personalressourcen an den Betrieb der Sonderschulen gebunden und können nicht zur Unterstützung in die allgemeinen Schulen transferiert werden. Andererseits entstehen durch den Ausbau zusätz-

liche Personalbedarfe. Angesichts der bestehenden Unterfinanzierung des Schulsystems führt die finanzpolitische Verweigerung, die Förderung von Kindern mit Behinderungen in den allgemeinen Schulen in angemessenem Umfang zu unterstützen, zur Überforderung von Lehrkräften und zum Unterlaufen der hohen Qualitätsstandards, die die UN-Konvention gesetzt hat.

Überforderte Lehrerinnen und Lehrer der allgemeinen Schulen praktizieren unter unveränderten institutionellen und unzureichenden personellen Bedingungen in einem selektiven Schulsystem anstelle des diskriminierungsfreien gemeinsamen Lernens vielfach nur Formen der Segregation und Integration.

NEUSTART FÜR INKLUSION ORGANISIEREN

Die Bundesregierung hat zwar die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen unterzeichnet, aber die Umsetzung von inklusiver Bildung allein der Kulturhoheit der Länder überlassen. Diese Zuschauerrolle des Bundes hat eine uneinheitliche Entwicklung in den Ländern gefördert und wird der menschenrechtlichen Verpflichtung, die Deutschland mit dem Beitritt zur UN-BRK übernommen hat, nicht annähernd gerecht.

Im Rahmen eines koordinierten Vorgehens von Bund und Ländern müssen für einen gelingenden Neustart jetzt die Weichen gestellt werden. Dazu gehört, dass Bund und Länder das Menschenrechtsmodell von inklusiver Bildung anerkennen und zum Gegenstand einer nachhaltigen bewusstseinsbildenden Kampagne machen.

Parallel dazu sind die KMK-Beschlüsse auf der Grundlage der Allgemeinen Bemerkungen zu revidieren. Auch die gesetzlichen Regelungen und Vorgehensweisen in den Ländern müssen in Übereinstimmung mit den Allgemeinen Bemerkungen gebracht werden.

Schließlich ist die finanzielle Unterstützung des Bundes für die Inklusionsentwicklung in den Bundesländern und für ein länderübergreifendes, datenunterstütztes Monitoring für inklusive Bildung unabdingbar.

Inklusion statt Hindernisparcours



Bildung 2030

Sieben Trends, die die Schule revolutionieren

Herausgeber Prof. Dr. Olaf-Axel Burow im Interview.

Interview: Nele Klockmann • Foto: Beltz Verlag

Die Zukunft der Positiven Pädagogik – Wie müssen wir unsere Perspektive wechseln, um neu denken zu können?

Gesellschaft und Wirtschaft stehen vor revolutionären Umbrüchen, die vor allem durch die fortschreitende Digitalisierung fast aller Lebensbereiche vorangetrieben werden. Das bedeutet, dass wir immer stärker in einer VUCA-Welt leben werden: Zukunft wird volatil, unsicher, komplex und Zukunftsentscheidungen werden ungewiss. Für die Pädagogik bedeutet dies, dass wir die Konzentration der Traditionsschule auf abfragbares Wissen zugunsten der Förderung von Kompetenzen zum Verstehen komplexer Sachverhalte sowie zur Ausbildung kritischer Urteilsfähigkeit verschieben müssen, denn Lernen wird durch die digitalen Medien mobil, zeit- und ortsunabhängig. Weiterhin müssen wir die Konzentration auf die Einzelleistung überwinden und stärker auf problemlösendes, projektmäßiger Arbeiten im leistungs- und neigungsgemischten, auch altersübergreifend zusammengesetzten Team setzen. Damit steht auch der allmähliche Abschied vom Klassenzimmer an, denn kreatives, stärker selbstgesteuertes Teamlernen benötigt vielfältige, herausfordernde Lernumgebungen. Favorisierte die alte Schule vor allem kognitives Wissen, geht es in der Schule der Zukunft um die Ausbildung von „Future Skills“, die nur in der Einheit von Wissen, Haltung und Handeln entstehen können. Wissen allein ist keine Kompetenz. Zukunftskompetenzen sind vor allem kritisches Denken und Problemlösen, Kommunikation und Kollaboration sowie Kreativität und Innovation.

Positive Pädagogik zielt auf den Wandel der Lehrerrolle von Fehlerfahnder zum Schatzsucher ab, denn es geht um den Abschied von einer ausgrenzenden Selektionsschule hin zum einem Lernort, der auf stärkenorientierte Potenzialentwicklung abzielt. Hierzu müssen wir unser traditionelles Denken, das auf dem Mehrdesselben-Prinzip beruht überwinden: Statt Entwicklungen aus Vergangenheit über die Gegenwart in die Zukunft zu verlängern, sollten wir in der Gegenwart einen Schnitt machen und Schule und Lernen völlig neu denken. Die entscheidende Frage lautet: Wie würden wir Schule und Unterricht gestalten, wenn alles möglich wäre? Die Positive Pädagogik befähigt mit Hilfe von

Zukunftswerkstätten Kollegien dazu, von der erträumten Zukunft auf die Gegenwart zu schauen, um so neuartige Möglichkeits- bzw. Gestaltungsräume zu erschließen. Claus Otto Scharmer vom MIT bezeichnet diese Denkbewegung als „Presencing“, als Hinspüren zur auftauchenden Zukunft, denn in der VUCA-Welt geht es immer häufiger darum, Zukunft nicht einfach hinzunehmen, sondern sie proaktiv mitzugestalten.

„Lasst die Kinder frei“, heißt es in einem der Beiträge. Wie vermittelt die Ganztagschule der Zukunft den Kindern, worauf es im Leben ankommt?

Indem die Ganztagschule den erweiterten Zeitrahmen dafür nutzt, Zukunftskompetenzen durch mediengestütztes, projektformiges, problemlösendes Teamlernen zu fördern. Doch Digitalisierung ist nicht alles. Schule in der VUCA-Welt muss einen Schwerpunkt auf Persönlichkeitsbildung und Lebenskompetenzen setzen, denn die Orientierung in einer schnell sich wandelnden Welt überfordert viele Schüler. In diesem Sinne hat Ernst Fritz-Schubert das „Schulfach Glück“ entwickelt, das nur ein erster Schritt sein kann. Die Schule der Zukunft sollte insgesamt ein Ort sein, der Wohlfinden, Engagement und Spitzenleistung miteinander verbindet.

Abitur für alle – kann das funktionieren?

Leider ist unser gegliedertes Bildungssystem noch immer ständisch orientiert und favorisiert den gymnasialen Bildungsgang, weswegen eine wachsende Zahl der Eltern ihre Kinder auf das Gymnasium schickt – mit zum Teil fatalen Folgen, wie die hohen Rückläuferquoten zeigen. Mit der fortschreitenden Digitalisierung und dem Trend zum mobilen Lernen bieten sich völlig neue Möglichkeiten – etwa über interaktive Lernplattformen – passgenauen, neigungs- bzw. talentorientierten Lehrens und Lernens. Damit zeichnet sich – vorausgesetzt der politische Wille ist vorhanden – mittelfristig ein Abschied von nach dem Modell des Fließbandes und der Fabrik organisierten normierten Bildungsgängen mit zentralen Abschlüssen. Der Wechsel von der Massenproduktion hin zu individualisierten Produkten (z. B. My Müsli), wird auch zum allmählichen Verschwinden der Massenbildung hin zu personalisier-



Die Zukunft der Schule – grundlegend betrachtet

ten Lehr-/Lernangeboten mit entsprechenden individualisierten Abschlüssen beitragen. Ähnlich wie uns das Navi im Auto alternative Routen anbietet, brauchen Schüler/innen einen Lernnavigator, der ihnen die für sie geeigneten Lernwege offeriert und interaktive, passgenaue Werkzeuge bietet. „Abitur für alle“ ist aus dieser Perspektive die falsche Formel. Positive Pädagogik setzt dagegen auf „optimale Potenzialentfaltung für alle!“

Ein Ausblick auf das Jahr 2030 – Welche sieben Trends werden aus heutiger Sicht Bildung im Allgemeinen und Schule im Besonderen revolutionieren?

In der Zukunftsforschung gibt es nur eine Gewissheit: Der Zeitgeist irrt immer. Diese relativierende Aussage bedenkend, habe ich in „Bildung 2030“ – auch aufgrund einer Befragung führender Wissenschaftler – die folgenden sieben Trends identifiziert:

1. Digitalisierung
2. Personalisierung und neue Lehrerrolle
3. Vernetzung
4. Veränderung des Lehr-/Lernraums
5. Gesundheitsorientierung
6. Demokratisierung
7. Glücksorientierung

Natürlich hängt die Umsetzung dieser Trends von politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Aber auch das Engagement von Schulleitungen, Lehrern, Schüler und nicht zuletzt den Eltern wird eine entscheidende Rolle spielen.



Veränderte Welt im Jahr 2030

Wie kommt Bildung sicher im Jahr 2030 an?

Der Aktionsrat Bildung analysiert entscheidende Zukunftstrends des Bildungssystems

In seinem neuen Gutachten „Bildung 2030 – veränderte Welt. Fragen an die Bildungspolitik“ identifiziert und analysiert der Aktionsrat Bildung zwölf maßgebliche Herausforderungen, die das Bildungssystem in den nächsten Jahren zu bewältigen hat.

Autorin: **Nele Klockmann** • Quelle: www.vbw-bayern.de/Bildung2030 • Foto: Fotolia

HERAUSFORDERUNGEN EINER VERÄNDERTEN WELT

Mit der Veröffentlichung seines ersten Gutachtens im Jahr 2007 etablierte sich der von der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. initiierte Aktionsrat Bildung in Kürze zu einer einflussreichen Marke im bildungspolitischen Kontext. Die von ihm erstellten wissenschaftlichen Analysen liefern seitdem einen maßgeblichen Beitrag zur bildungspolitischen Diskussion und zur Weiterentwicklung des deutschen Bildungssystems. Indem der Aktionsrat Bildung auf Basis von Expertenbefragung Zukunftsprognosen anfertigt, beleuchtet er eine veränderte Welt, deren Herausforderungen vornehmlich aus dem raschen gesell-

schaftlichen, technologischen und ökologischen Wandel erwachsen. Eine Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen und Inhalte des Bildungssystems können mittels der entsprechenden Handlungsempfehlungen an die politischen Akteure reibungsloser erfolgen.

In seinem Gutachten „Bildung 2030 – veränderte Welt. Fragen an die Bildungspolitik“ behandelt der Aktionsrat Bildung zwölf große, sich abzeichnende Entwicklungen, für die mit hoher Sicherheit vorausgesagt werden kann, dass sie zum einen erwartbar oder sogar schon im Gange sind und dass sie zum anderen Reaktionen des Bildungssystems, d. h. der Bildungspolitik, erforderlich machen. Die im Gutachten gesammelten Themengebiete, die aus Sicht des Aktionsrats Bildung von

zentraler Bedeutung für das Bildungssystem 2030 sein werden, sollen im Hinblick auf unvorhersehbare Krisen der deutschen Gesellschaft als möglichst belastbare und hinreichend flexible Prognosen fungieren. Ausgehend von ihnen formulierte der Aktionsrat Bildung Leitfragen, deren Beantwortung den Erfolg des deutschen Bildungswesens beeinflussen wird. Jede der zwölf Herausforderungen wird hinsichtlich ihrer Implikationen für den Bildungsbereich, z. B. im Hinblick auf die Bereiche Curricula, Organisation, Struktur, Personal und Finanzen untersucht.

ZWÖLF THEMENGEBIETE UND IHRE LEITFRAGEN

GLOBALISIERUNG: STAGNATION AUF HOHEM NIVEAU

Der Aktionsrat Bildung nimmt die Globalisierung sowie die Grenzen der Globalisierung in den Fokus, skizziert die Veränderung des Globalisierungsprozesses von 1970 bis 2013 und behandelt die Gründe für den Strukturbruch in der Globalisierung im Jahr 2008.

Leitfragen an die Bildungspolitik:

- ▷ Wie kann die Akzeptanz von Globalisierung erhöht werden?
- ▷ Wie können vor dem Hintergrund des Strukturwandels, der individuelle Mobilitätsprozesse – geografisch wie auch zwischen verschiedenen Berufen und Wirtschaftssektoren – forciert, die Teilhabe jedes Einzelnen am Globalisierungsprozess und seine Chancen in einer hochdynamischen Welt besser gefördert werden?
- ▷ Wie kann die Innovationsbereitschaft der Menschen im Lebenslauf gefördert werden und wie können Heranwachsende bereits in der Schule, der Berufsausbildung und an den Hochschulen auf das hohe Veränderungstempo im späteren Lebenslauf vorbereitet werden?
- ▷ Wie muss eine breite Allgemeinbildung, vor allem im Hinblick auf ökonomische und politische Kompetenz, im Bildungssystem abgebildet werden?
- ▷ Wie können Zuwanderer und Flüchtlinge jeglichen Alters mit Deutsch als Fremdsprache besser integriert werden?

WERTEWANDEL

Das Gutachten stellt Thesen und Erklärungsansätze zum Wertewandel vor, wobei nach Werteverlust, Wertesubstitution oder Wertediffusion gefragt wird. Desweiteren werden die Relevanz des Hedonisierungstrends für das Bildungssystem sowie Bildung und Moralerziehung als Herausforderungen im Wertewandel in Augenschein genommen.

Leitfragen an die Bildungspolitik:

- ▷ Gibt es den Trend der Wertediffusion und wie kann das Bildungssystem zu mehr sozialer Kohäsion und Wertebalance in unserer Gesellschaft beitragen?
- ▷ Ist die Freiheit, die ein Grundmotiv der europäischen Aufklärung und des deutschen Idealismus ist, auch heute noch ein fundamentales Motiv in der Bildungspolitik?
- ▷ Wie kann in der Erziehung und im Bildungssystem mit der kulturellen Wertedifferenzierung und mit inhaltlichen Widersprüchen zwischen den Wertvorstellungen unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen angemessen umgegangen werden?
- ▷ Mit Bezug auf den kulturellen Hedonismus stellt sich die Frage: Wird die Kultur durch die Unterhaltungsindustrie zerstört?
- ▷ Sind Szenarien einer zunehmenden sozialen und kulturellen Fragmentierung und Verrohung, die ihrerseits zu einer Zerstörung des kulturellen Kanons und kultureller Werte und Normen und damit auch kultureller Traditionen führen, realistisch und plausibel?
- ▷ Was kann das Bildungssystem zur Stabilisierung und zur Differenzierung von Werten in einer demokratischen Gesellschaft beitragen?

BEDEUTUNGSWANDEL DES RELIGIÖSEN

Der Aktionsrat Bildung zeichnet Entwicklungslinien in Deutschland zu Religionszugehörigkeit und Religiosität auf und untersucht die ge-

genläufigen Entwicklungen auf die Wahrnehmung der Bedeutsamkeit von Religion im öffentlichen Diskurs in Deutschland.

Leitfragen an die Bildungspolitik:

- ▷ Inwieweit kann eine Gleichbehandlung sämtlicher Religionen in schulischen Unterrichtsangeboten und hochschulischen Ausbildungsangeboten tatsächlich erreicht werden?
- ▷ Kann eine Schnittmenge von Inhalten identifiziert werden, die in verschiedenen Glaubensrichtungen als Bildungsziele gelten und Gegenstand eines gemeinsamen Unterrichts sein könnten?
- ▷ Sollte alternativ ein bekenntnisorientierter Religionsunterricht durch einen religions- und konfessionsübergreifenden Unterricht ersetzt werden, in dem verschiedene Religionen und Weltanschauungen gleichberechtigt und in ihrer jeweiligen historischen Herausbildung dargestellt und zur Grundlage einer Auseinandersetzung über allgemeine Fragen menschlichen Zusammenlebens gemacht werden?
- ▷ Kann mit einem Unterricht, bei dem nicht religionspezifische Glaubenssätze als Wahrheiten vermittelt werden, sondern Wissensvermittlung und eine Auseinandersetzung mit ethischen Fragen im Vordergrund stehen, eine wirkungsvolle Grundlage für ein konfliktfreies Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher religiöser Zugehörigkeiten geschaffen werden?
- ▷ Kann auf diese Weise auch eine fruchtbare Grundlage für die Erarbeitung gemeinsamer Überzeugungen zu Geschlechterrollen und der Gleichheit der Geschlechter geschaffen werden?
- ▷ Kann ein solcher Unterricht die Toleranz, sei es gegenüber Nichtgläubigen, Andersgläubigen oder auch gegenüber Minoritätsgruppen, die in manchen Religionen negativ bewertet werden (wie z. B. Homosexuelle), fördern und auf diesem Weg religiösem Fundamentalismus vorbeugen?
- ▷ Welche rechtlichen Fragen, z. B. bezüglich der Rechtsform von Religionsgemeinschaften oder Grundrechtskollisionen zwischen Religionsfreiheit und dem staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag, ergeben sich, wenn an öffentlichen Schulen bekenntnisorientierter Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach angeboten werden soll oder an Hochschulen bekenntnisgebundene Theologien eingerichtet werden?

WANDEL DES NACHHALTIGKEITSBEWUSSTSEINS

Die wachsende Bedeutung nachhaltiger Orientierungen ist nicht allein durch die Sorgen der aktuell lebenden Menschheit um ihre Umwelt getrieben, sondern immer mit Blick auf zukünftige Generationen und die Schaffung einer Welt, in der diese zukünftigen Generationen würdige Lebensverhältnisse antreffen.

Leitfragen an die Bildungspolitik:

- ▷ Bedarf es zur besseren Förderung des Nachhaltigkeitsgedankens einer Erweiterung des Fächerkanons in der Schule?
- ▷ Wie kann es gelingen, den Nachhaltigkeitsgedanken weiter im Bildungssystem zu etablieren und auf allen Ebenen (Schule, berufliche Bildung, Hochschule, Lehrerbildung) so zu verankern, dass entsprechende Bildungsprozesse gelingen?
- ▷ Welche zukünftigen Anstrengungen werden gemacht, um den Kenntnisstand der Bevölkerung zur nachhaltigen Entwicklung festzustellen?

DIGITALISIERUNG ALLER LEBENSBEREICHE

Neben den digitalen Kompetenzen in der Primar- und Sekundarstufe sowie in der tertiären Bildung sind die Risiken des digitalen Wandels im Bildungssystem ein vorherrschendes Thema.

Leitfragen an die Bildungspolitik:

- ▷ Wie kann gewährleistet werden, dass digitale Hochgeschwindigkeitsnetze flächendeckend in ganz Deutschland zu Verfügung stehen?
- ▷ Wie kann verhindert werden, dass digitaler Analphabetismus dazu

führt, dass Teile der Gesellschaft an den neuen Optionen nicht partizipieren können und ihre Chancen auf Teilhabe an Bildung, Ausbildung und Erwerbsarbeit immer geringer werden?

- ▷ Wie müssen Lehrende und Ausbilder im deutschen Bildungssystem selbst so aus- und fortgebildet werden, dass sie – unter Berücksichtigung der Risiken – die Chancen der digitalen Revolution in ihrem Beruf nutzen können?
- ▷ Wie können zukünftige Lehr-Lern-Umgebungen multimedial so gestaltet werden, dass sie einen didaktischen Mehrwert bieten?
- ▷ Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, damit Schulen, Hochschulen und berufliche Bildungseinrichtungen die zusätzlichen finanziellen Mittel für den Aufbau einer nachhaltigen digitalen Infrastruktur erhalten?
- ▷ Ist vor dem Hintergrund der breiten gesellschaftlichen Auswirkungen der Digitalisierung die Etablierung von Informatik als eigenständigem Unterrichtsfach ausreichend oder ist stattdessen eine Verankerung des Themas in möglichst vielen Schulfächern, Studiengängen und Ausbildungsgängen notwendig?
- ▷ Durch welche Maßnahmen kann sichergestellt werden, dass das Recht, z. B. in Bezug auf Urheberrechtliche Fragen oder den Schutz der Persönlichkeitssphäre, mit den technischen Entwicklungen Schritt hält?

MIGRATION UND INTEGRATION

Der Aktionsrat Bildung zeichnet die Veränderungsprozesse und Entwicklungslinien des Zuwanderungsgeschehens seit 2016 auf und befasst sich mit dem neuen Integrationsgesetz vom 06.08.2016.

Leitfragen an die Bildungspolitik:

- ▷ Wie kann sichergestellt werden, dass die Bildungserfolge von Personen mit Migrationshintergrund detailliert empirisch dokumentiert und ausgewertet werden?
- ▷ Welche pädagogischen und jugendamtlichen Maßnahmen sind notwendig, um die Vollzeitschulpflicht bei Minderjährigen mit Fluchterfahrung effektiv durchzusetzen?
- ▷ Wie können Flüchtlingskinder möglichst schnell und effektiv in den normalen Klassenverband integriert werden?
- ▷ Inwieweit konnte die Empfehlung aus dem Jahresgutachten 2016 des AKTIONSRATSBILDUNG (vgl. vbw 2016), die Berufsschulpflicht in allen Ländern auf das 21. Lebensjahr zu erweitern, umgesetzt werden?
- ▷ Sind die – auch aufgrund der Änderungen durch das Integrationsgesetz – aktuell zur Verfügung stehenden Maßnahmen und Förderinstrumente ausreichend, um Flüchtlingen mit hoher Bleibeperspektive den gezielten Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu eröffnen? Wie hoch ist die Erfolgsquote?
- ▷ Inwieweit konnte die Empfehlung des AKTIONSRATSBILDUNG zur Einführung von Studierfähigkeitstests umgesetzt werden (vgl. vbw 2016)?
- ▷ Welcher spezifischen Maßnahmen bedarf es, damit Jugendliche mit Migrationshintergrund ein ihren Altersgenossen vergleichbares Bildungs- und Ausbildungsniveau erreichen können?
- ▷ Wie kann die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften, insbesondere im Hinblick auf den Umgang mit heterogenen Schülergruppen, die Beschulung in ganztägigen pädagogischen Konzepten, die Entwicklung interkultureller Kompetenz und die Umsetzung von Fördermaßnahmen für die (Berufs-)Schülergruppen professionalisiert werden?
- ▷ Wie kann die Anzahl qualifizierter Lernhelferinnen und Lernhelfer sowie pädagogischer Assistenzkräfte erhöht werden und welche Qualifikationen sind für diese Berufsgruppen notwendig?
- ▷ Wie kann eine verstärkte Weiterbildung(-sbereitschaft/-sbeteiligung) des Bildungspersonals beziehungsweise pädagogischen Personals erreicht werden?
- ▷ Welche finanziellen Mittel sind notwendig, um die Herausforderungen des aktuellen Migrationsgeschehens effektiv zu bewältigen?

ALTERUNG UND DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG

Demografischer Wandel und veränderte Alterungsprozesse werden als Herausforderungen für das Bildungssystem unter die Lupe genommen.

Leitfragen an die Bildungspolitik:

- ▷ Kann und soll die seit Ende der 1960er Jahre stark gesunkene und seit mehreren Jahren stagnierende Fertilitätsrate in Deutschland durch familien- und bildungspolitische Maßnahmen korrigiert werden, wobei eine leichte Steigerung dieser Fertilitätsrate aufgrund der immer größeren Anzahl der Spätgebärenden wahrscheinlich ist?
- ▷ Wie kann auf die Tatsache, dass durch den veränderten Altersaufbau der Bevölkerung in ca. 20 Jahren die derzeit stärksten Kohorten der ca. 50-Jährigen, die dann 70-Jährigen, die größte Altersgruppe in Deutschland sein werden, sozial- und bildungspolitisch reagiert werden?
- ▷ Wie kann Bildung im Prozess des Alterns durch Institutionen und wie vor allem im nonformalen und informellen Bereich (also in beiläufigen informellen Lernkontexten) gestärkt werden?
- ▷ Werden künftig sozialpolitische finanzielle Anforderungen in einer älter werdenden Gesellschaft mit bildungspolitischen finanziellen Anforderungen konkurrieren?
- ▷ Wie können die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Partizipation der Älteren an kulturellen, sozialen und technischen Innovationen durch die Realisierung der Idee des lebenslangen Lernens bildungspolitisch besser verankert werden?

URBANISIERUNG UND LÄNDLICHE ENTWICKLUNG

Der Aktionsrat Bildung erläutert regionale Disparitäten von Schulsystemen und begreift Raum als konstitutives Element von Bildungssystemen.

Leitfragen an die Bildungspolitik:

- ▷ Welche Herausforderungen für das Bildungswesen ergeben sich aus den skizzierten Regionalbefunden und Entwicklungen? Verkleinert sich regional die Bevölkerungszahl, so besteht die Gefahr, dass Bildungsangebote wegfallen. Fallen Bildungsangebote weg, besteht die Gefahr, dass Familien wegziehen beziehungsweise keine neuen Arbeitsplätze entstehen, da die Region für Hinzuziehende unattraktiv wird. Der Handlungsbedarf ist offensichtlich.
- ▷ Wie kann auch für kleine ländliche Gebiete sichergestellt werden, dass ortsnahe Kindertageseinrichtungen und Grundschulen angeboten werden können? Die Festlegung einer Mindestanzahl von Kindern beziehungsweise Schülerinnen und Schülern pro Bildungseinrichtung kann hier nicht als alleiniges Kriterium herangezogen werden.
- ▷ Wie kann für diese Gebiete sichergestellt werden, dass für Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit zur Erreichung eines qualifizierten Abschlusses der Sekundarstufe I besteht? Wie kann die Qualität des Abschlusses gesichert werden? Über zentrale Elemente einer Abschlussprüfung ist hier nachzudenken.
- ▷ Wie kann sichergestellt werden, dass in allen Regionen die Berechtigung zum Zugang zu tertiären Bildungseinrichtungen gewährleistet ist? Über die Schaffung von Oberstufenzentren ist nachzudenken.
- ▷ Wie kann gewährleistet werden, dass duale Ausbildungsgänge attraktiv bleiben? Über welche Anreize ist hier nachzudenken? Ist die Durchlässigkeit vom dualen System zum Hochschulsystem und umgekehrt neu zu überdenken?
- ▷ Wie kann sichergestellt werden, dass regionale Leistungsdisparitäten verkleinert werden? Welche kleinräumlichen Daten müssen dazu herangezogen werden, welche zentralen Abschlussprüfungen sind hier notwendig?
- ▷ Wie können regionale Systeme so unterstützt werden, dass hohe Abbrecherquoten beziehungsweise Misserfolg im Schulsystem vermindert werden? Über ungleiche Ressourcenverteilung bei ungleichen regionalen Gegebenheiten ist nachzudenken. Wie können Segregationsentwicklungen in Ballungsgebieten vermieden werden?

DYNAMIKEN SOZIALER UNGLEICHHEIT UND TEILHABE

Im Hinblick auf die Frage, ob soziale Ungleichheit als fortschreiten-des Phänomen zu begreifen ist, wird konstatiert, dass die wichtigsten politischen Schlussfolgerungen im Bereich einer chancengerechteren Bildungspolitik liegen müssen.

Leitfragen an die Bildungspolitik:

- ▷ Wie gestalten wir ein Bildungssystem, in dem Kinder und Jugendliche aufgrund ihrer sozialen Merkmale keine Nachteile erfahren?
- ▷ Gerade beim frühkindlichen Bildungssystem stellt sich die Frage, ob es quantitativ und qualitativ so ausgelegt ist, dass Kinder aus benachteiligten Verhältnissen gut vorbereitet in die Grundschule kommen.
- ▷ Im weiteren Verlauf des Bildungssystems lässt sich fragen: Ist die im internationalen Vergleich einmalige frühe Aufteilung nach der vierten Klasse noch adäquat? Und weiterhin: Inwiefern reichen der Umfang und die bisherige Ausgestaltung von Ganztagsangeboten aus, um Teilhabechancen zu verbessern?
- ▷ Mit Bezug auf die Teilhabe innerhalb des Bildungssystems ist zu fragen: Wird der Frage der kindgemäßen Lernumgebungen genügend Beachtung geschenkt? Mit Bezug auf das Erwachsenenalter stellt sich die Frage: Wie kann der immer wieder zu beobachtenden ungleichen Beteiligung an Fort- und Weiterbildungsangeboten begegnet werden?
- ▷ Welche Herausforderungen ergeben sich aus der Heterogenisierung der Lerngruppen für die Ausgestaltung curricularer Inhalte, die methodischen Herangehensweisen und die Ausbildung des pädagogischen Personals?
- ▷ Reichen angesichts der Erweiterung der Teilhabe im Bildungssystem Maßnahmen nach dem „Gießkannenprinzip“ aus, um die im Bildungssystem entstehenden Ungleichheiten auszugleichen, oder werden gezielte Maßnahmen für spezifische Schichten benötigt?

BERUFLICHER STRUKTURWANDEL

Das Gutachten nimmt den Wandel der Berufsstruktur und der Berufe mit auf, wobei von grundsätzlich gestiegenen Anforderungen in den Berufen ausgegangen wird.

Leitfragen an die Bildungspolitik:

- ▷ Welche Maßnahmen sollten ergriffen werden, um die Quoten von Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Schulabschluss und von Personen ohne berufliche Ausbildung weiter zu reduzieren?
- ▷ Wie muss das Bildungssystem auf die Veränderung beruflicher Ausbildungsinhalte im Berufsstrukturwandel, insbesondere mit Blick auf die Digitalisierung, reagieren?
- ▷ Wie kann die Effektivität des Übergangssystems im berufsstrukturellen Wandel weiter erhöht werden?
- ▷ Ist eine weitere Senkung der Zahl der Ausbildungsberufe sinnvoll?
- ▷ Wie können Mobilitätsbeschränkungen zwischen Berufen und beruflichen Tätigkeitsfeldern im Bildungs- und Berufsverlauf weiter reduziert werden?
- ▷ Welche Rolle soll der Berufsbezug in der akademischen Bildung spielen?
- ▷ Welche zusätzlichen Beratungs- und Unterstützungsangebote sind notwendig beziehungsweise wie müssen diese gestaltet werden, um individuelle Berufswahlentscheidungen im Übergang zwischen Schule und Hochschule beziehungsweise zwischen Hochschulreife und beruflicher Ausbildung zu erleichtern?
- ▷ Wie kann die Fort- und Weiterbildung im Berufsstrukturwandel gestärkt werden?

NEUES GESUNDHEITSBEWUSSTSEIN UND -VERHALTEN

Eine doppelte Herausforderung, der sich das Bildungssystem aus Sicht des Aktionsrats Bildung in den kommenden Jahren gegenüberstellt, besteht in a) der Förderung von Gesundheitskompetenz und b) der Weiterentwicklung seiner Institutionen in Bezug auf die Inklusion von Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

Leitfragen an die Bildungspolitik:

- ▷ Wie lässt sich generell die Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung steigern und wie können die sozialen Ungleichheiten in Bezug auf Gesundheitskompetenz reduziert werden? Welche Rolle spielen differenzielle schulische und außerschulische Lern- beziehungsweise Bildungsangebote und wie variieren diese in Abhängigkeit von der sozialen Herkunft?
- ▷ Wie lässt sich die Problematik, dass Sportunterricht oft von fachfremden Lehrkräften erteilt wird und zudem oft ausfällt, entschärfen?
- ▷ Welche Kosteneinsparungen sind mit der Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf ins Regelschulsystem verbunden und bleiben diese eingesparten Finanzmittel im Bildungssystem, um Bildungsprozesse weiter zu verbessern?

WANDEL DER FAMILIALEN LEBENSFORM

Hauptaugenmerk liegt neben strukturellen Veränderungen auf der Erwerbsbeteiligung und Arbeitsteilung der Eltern sowie auf den Eltern-Kind-Beziehungen und Bildungsaspirationen.

Leitfragen an die Bildungspolitik:

- ▷ Inwieweit sollten strukturelle Veränderungen von Familienformen, Konsequenzen einer Vereinbarkeit von Familien- und Berufstätigkeit der Eltern sowie Eltern-Kind-Beziehungen und Bildungsaspirationen – einschließlich einer vertieften Berufsorientierung – stärker in das Themenfeld schulischer Curricula integriert werden?
- ▷ In organisatorischer Hinsicht stellt sich die Frage: Kann ein passendes Ganztagsangebot – das nicht nur Betreuungs-, sondern auch einige Bildungsfunktionen erfüllt – realisiert werden, das zugleich Rücksicht auf die Notwendigkeit flexibler Betreuungszeiten nimmt, und in welcher Form?
- ▷ In geografischer Hinsicht muss gefragt werden: Inwieweit unterscheiden sich die Herausforderungen in städtischen und ländlichen Gebieten bei gleichzeitiger Berücksichtigung der jeweiligen sozial-räumlichen Gegebenheiten?
- ▷ Im Hinblick auf das pädagogische Personal stellt sich die Frage: Sollte – z. B. zum Abbau von Vorurteilen – der Themenbereich der Veränderungen von Familien bereits stärker im Studium angesprochen werden? Und weiterhin: In welchem Umfang und wie kann genügend pädagogisches Personal z. B. für den Ausbau des Ganztagsbetriebs rekrutiert werden?
- ▷ In finanzieller Hinsicht schließlich stellen der Ausbau des Ganztagsbetriebs, der neben Investitionskosten zusätzliches pädagogisches und nicht pädagogisches Personal notwendig macht, und die Erweiterung von Erziehungsberatung und Familienbildung eine erhebliche finanzielle Herausforderung dar. Besonders gilt dies für den Ausbau von Betreuungsangeboten in Städten mit einem hohen Kinderanteil. Damit stellt sich auch die Frage: Sollten mögliche Reaktionen auf die beschriebenen Veränderungsprozesse priorisiert werden?

Der Aktionsrat wird in seinen nächsten Gutachten eine Auswahl der aktuellen Themen im Detail weiter ausführen und konkrete, an Politik und Verwaltung gerichtete Handlungsforderungen zur Lösung der aktuell aufgeworfenen Fragen formulieren.

Robin-Hood-Effekt verstärkt Motivation in Mathe

Wissenschaftliche Studie der Universität Tübingen

Wichtiger als Beruf, Einkommen und Bildung ist das Interesse der Eltern, zeigt eine Studie von Bildungsforschern der Universität Tübingen.

Quelle: **Universität Tübingen** • Foto: **Fotolia**

EINE FRAGE DER EINSTELLUNG

Kinder, deren Eltern sich wenig für Mathematik interessieren, profitieren mehr von einer unterstützenden Maßnahme zur Steigerung der Motivation als Kinder, deren Eltern Mathematik als wichtig erachten. Das haben Wissenschaftler vom Hector-Institut für Empirische Bildungsforschung an der Universität Tübingen in einer Studie herausgefunden. Es zeigte sich ein Robin-Hood-Effekt in dem Sinne, dass die „Motivationslücke“ zwischen Kindern aus unterschiedlichen Familien verringert wird, indem nützliche Informationen zugunsten benachteiligter Kinder verteilt werden. Der sogenannte Matthäus-Effekt, der besagt, dass vor allem diejenigen von einer Maßnahme profitieren, die sowieso schon gute Voraussetzungen mitbringen und deshalb privilegiert sind, trat bei dieser Maßnahme nicht ein. Die Ergebnisse wurden in der Zeitschrift *Developmental Psychology* veröffentlicht.

AUFBAU DER STUDIE

Für ihre Studie haben die Wissenschaftler Daten von rund 1.900 Neuntklässlern an Gymnasien in Baden-Württemberg und ihren Eltern ausgewertet. Sie wurden zu ihrer Einstellung zu Mathematik befragt. Anschließend nahmen die Schülerinnen und Schüler an einer Unterrichtseinheit über die Nützlichkeit des Faches Mathematik teil, die von den Wissenschaftlern geleitet wurde. Dabei wurden den Schülerinnen und Schülern in einer Präsentation wichtige Informationen zur Frage vermittelt, wie und in welchen Bereichen Mathematik für ihr eigenes Leben von Bedeutung sein könnte, etwa für ihren Wunschberuf oder für bestimmte Alltagssituationen. Anschließend verfassten sie entweder selbst einen Text oder werteten Zitate von jungen Erwachsenen aus, in denen es um die Nützlichkeit von Mathematik ging.

EFFEKTIVE INTERVENTION

Jeweils sechs Wochen und fünf Monate danach wurden die Schülerinnen und Schüler erneut zu ihrer Motivation für das Fach Mathematik befragt. Insgesamt erwies sich die Intervention als effektiv, da die Teilnahme an der Unterrichtseinheit positive Effekte auf die Wertschätzung für Mathematik, die Anstrengungsbereitschaft sowie die Leistung in Mathematik hatte. Gleichzeitig stellte sich aber auch heraus, dass die Unterrichtseinheit auf diejenigen Schülerinnen und Schüler besonders motivierend wirkte, die aus einem Elternhaus mit wenig Interesse für Mathematik stammten. Diese unterschiedliche Wirkung zeigte sich jedoch erst nach fünf Monaten. „Wir nahmen an, dass die Effekte bei den weniger privilegierten Schülern sich nicht sofort in deren Motivation niederschlagen würde, sondern es einige Zeit dauert, bis sie das Gehörte verarbeitet und verinnerlicht haben“,

erklärt Isabelle Häfner, die Erstautorin der Studie. Dieser sogenannte Sleeper-Effekt wirke umso stärker, je mehr Zeit verstreiche.



Die richtige Motivation

School Turnaround

Ein Gemeinschaftsprojekt und seine Folgen

Bildungssenatorin Sandra Scheeres und Uta-Micaela Dürig, Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung, zogen nach vierjähriger Projektlaufzeit von „School Turnaround – Berliner Schulen starten durch“ Bilanz.

Quelle: **Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie** • Foto: **Fotolia**



Schülerinnen und Schüler auf den richtigen Weg bringen

PASSGENAUE UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN FÜR ZEHN VERSCHIEDENE SCHULEN

An dem Gemeinschaftsprojekt nahmen zehn Schulen teil, die angesichts der großen Herausforderungen in sozialen Brennpunkten an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit gelangt waren. Ziel war es, für diese Schulen passgenaue Unterstützungsmaßnahmen zu entwickeln, die es ihnen ermöglichen, positive Veränderungen anzustoßen, die unter anderem für bessere Abschlüsse und weniger Unterrichtsausfälle sorgen.

Die Bilanz fällt aus Sicht aller beteiligten Schulen, der Senatsverwaltung und der Robert Bosch Stiftung deutlich positiv aus. Alle Schulen haben sich in relevanten Bereichen verbessern können, z. B. in der Senkung des Unterrichtsausfalls und der unentschuldigten Fehltagen der Schülerinnen und Schüler. Den meisten Integrierten Sekundarschulen ist bereits eine deutliche Senkung der Schulabbrecherquote gelungen. Darüber hinaus haben die beiden Projektpartner wichtige Erkenntnisse gesammelt im Hinblick auf die Kompetenzen und Steuerungsmechanismen, die notwendig sind, um eine erfolgreiche und systematische Schulwende durchzuführen.

BILDUNGSENATORIN SANDRA SCHEERES:

„Der Ansatz, für jede Schule spezifische Unterstützungsangebote bereit zu stellen, mit denen sie ihre jeweils selbst gesetzten Entwicklungsziele erreichen kann, war richtig. An allen Schulen ging und geht es im Kern um die Verbesserung der Unterrichtsqualität, aber jede Schule hat dafür ihre spezifischen Ziele definiert, die für sie wirksam sind. So hat die Herangehensweise des Projektes und die Beteiligung von Prozessberatungen eine Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen bewirkt. Heute sind alle Projektschulen handlungsfähig und in der Lage, diese Eigenverantwortung im Interesse ihrer Schülerinnen und Schüler auch wahrzunehmen.“

UTA-MICAELA DÜRIG, GESCHÄFTSFÜHRERIN DER ROBERT BOSCH STIFTUNG:

„Mit dem Berliner Projekt haben wir von Beginn an zwei Ziele verfolgt. Wir wollten die zehn Schulen unterstützen, aber auch die Komplexität des Problems besser verstehen und lernen, wie Schulentwicklungsarbeit unter schwierigen Bedingungen gelingen kann. Das war keine leichte Aufgabe, aber es hat sich gelohnt. Die Erfahrungen, die wir mit unserem Projektpartner gesammelt haben, werden wir jetzt auswerten und anschließend Schulverwaltungen und Schulleitungen in anderen Bundesländern zur Verfügung stellen.“

PROJEKTVERLAUF

An dem Projekt nahmen sieben Integrierte Sekundarschulen und drei Grundschulen teil, die in sozialen Brennpunkten in fünf Berliner Bezirken liegen. Zu den Auswahlkriterien gehörten u.a. geringe Anmeldezahlen, geringe Lernbereitschaft und hohe Fehlquoten der Schülerinnen und Schüler, hohe Schulabbruchquote, schwache Leistungsergebnisse und Schulabschlüsse und hoher Unterrichtsausfall. Dabei waren die Ernst-Reuter-Schule und die Hedwig-Dohm-Schule in Mitte, die Refik-Veseli-Schule, die Albrecht-von-Graefe-Schule und die Hector-Peterson-Schule in Friedrichshain-Kreuzberg, die Gustav-Langenscheidt-Schule in Tempelhof-Schöneberg, die Kepler-Schule und Silberstein-Schule in Neukölln sowie die Peter-Pan-Grundschule und die Bücherwurm-Schule am Weiher in Marzahn-Hellersdorf.

Über vier Jahre haben die Schulen gemeinsam mit der regionalen Schulaufsicht, dem Bezirk und den Projektpartnern daran gearbeitet, die Ziele zu erreichen, die sie sich zu Beginn selbst gesetzt hatten. Im Fokus standen dabei die vier Bereiche Unterrichtsentwicklung, Schulmanagement, Schulkultur und Leistungsergebnisse. Gemessen an ihren individuellen Zielen haben alle Schulen eine Schulwende erreicht. Eine der wirksamsten Unterstützungsmaßnahmen war der Einsatz von Prozessbegleiterinnen und -begleitern an jeder Schule. Sie haben dabei geholfen, geeignete Team- und Steuerstrukturen aufzubauen und damit die Grundlage für eine nachhaltige Schulentwicklungsarbeit geschaffen. Ein weiterer Baustein waren Qualifizierungsmaßnahmen für die Schulleitungs- und Fachteams der Schulen und Hospitationsreisen zu erfolgreich arbeitenden Schulen, die mit vergleichbaren Herausforderungen konfrontiert sind. Alle Schulen hatten zudem Gelder zur Verfügung, die sie eigenverantwortlich einsetzen konnten, um ihre definierten Entwicklungsziele zu erreichen. Die Schulaufsicht hat sich prioritär um die Besetzung vakanter Leitungsstellen an diesen Schulen bemüht. Auch die laufende Kommunikation zwischen Schulleitungen, Schulaufsicht und bezirklichen Schulträgern wurde verbessert, um die Schulen koordiniert zu unterstützen.

Insgesamt standen im Projektverlauf über 1,9 Millionen Euro zur Verfügung, um die Schulen in ihrer Schulentwicklung zu unterstützen. Auf Grundlage der erworbenen Kompetenzen, der erarbeiteten Konzepte und der neu aufgebauten Teamstrukturen werden die Schulen in den kommenden Jahren weiter an ihren Zielen arbeiten.

Das Projekt wurde von Beginn an durch Prof. Dr. Stephan Huber und sein Team von der Pädagogischen Hochschule Zug (Schweiz) wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Die Ergebnisse werden bis Anfang 2018 ausgewertet.

Aktuelle Entwicklungen aus Baden-Württemberg

Crowdfunding-Projekt ehemaliger Evaluatorinnen und Evaluatoren angelaufen

Sie glich – je nach Sichtweise – einer verfrühten Bescherung oder einem nicht ganz leisen Silvesterknaller mitten im Hochsommer: Die Pressemitteilung des Kultusministeriums Baden-Württemberg vom 28.06.2017. Darin wird ein neues Qualitätskonzept für das Bildungssystem des Bundeslandes angekündigt. Dahinter stehen mutige (weil längst überfällige), aber auch umstrittene Entscheidungen!

Autor: Tobias Stricker M.A. Pädagogische Hochschule Ludwigsburg, Institut für Bildungsmanagement, E-Mail: stricker@ph-ludwigsburg.de

Literatur: Demski, Denise (2017): Evidenzbasierte Schulentwicklung. Empirische Analyse eines Steuerungsparadigmas. Wiesbaden: Springer

AKTUELLES PARADIGMA „EVIDENZBASIERTE SCHULENTWICKLUNG“

Im Zusammenhang mit Schulentwicklung und Steuerung erfährt die Evidenzbasierung einen besonderen Bedeutungszuwachs und gilt derzeit als „Steuerungsparadigma“. In ihrer aktuellen Arbeit fasst Demski (vgl. Demski 2017: S.196f.) darunter in Bezug auf evidenzbasiertes Handeln 13 Informationsquellen, u. a. Berichterstattung zu Schulleistungsvergleichen, Schulinspektion, gemeinsame Unterrichtsentwicklungsmaßnahmen, Schülerfeedback zum Unterricht oder schulfachbezogene Zeitschriften. Interessanterweise lassen die empirischen Ergebnisse der Forschungsarbeit den Schluss zu, dass die „[...] wissenschaftliche Relevanz von Evidenzen tendenziell konträr zu der durch Schulleitungsmitglieder und Lehrkräfte wahrgenommenen Nützlichkeit der Informationsquellen läuft“ (Demski 2017: S. 376). Will man jedoch verstärkt auf die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in den Schulen fokussieren, wie vom Kultusministerium angedacht, so sind Maßnahmen also nicht allein auf externe Evaluationsverfahren (z. B. dessen Konzeption) zu beschränken, die – jedes für sich – höchst vielfältige Informationen zum Zwecke gelingender Unterrichts- und Schulentwicklungsarbeit generieren. Viel weniger darf es auf mangelnde Wirksamkeit dieser Verfahren reduziert werden, zumal Korrelationen zwischen externen Evaluationen bzw. deren Ergebnissen und etwa Schulleistungsstudien schwerlich hergestellt werden können. Es scheint demgegenüber in nicht unbeträchtlichem Maße von der Schulleitung und der Schulkultur abzuhängen (vgl. hierzu Demski 2017: S. 211ff.), inwieweit gerade die in wissenschaftlicher Hinsicht relevanten Evidenzen genutzt werden, was wiederum die Forderung u.a. nach einer umfangreichen Professionalisierung von Schulleitungen, aber auch Lehrkräften verstärken könnte. Für einen vertiefenden Einblick lohnt es sich die – sehr interessante – Originalarbeit heranzuziehen.

GEPLANTE NEUERUNGEN

Das Konzept sieht vor, ein Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung aufzubauen, welches vernetzt werden soll mit einem (ebenfalls neu zu gründenden) Institut für Bildungsanalysen. Letzteres soll sich für den Aufbau eines bereits vor Monaten angekündigten strategischen Bildungsmonitorings verantwortlich zeigen. Die beiden neuen Institute sollen zum 1. Januar 2019 eingerichtet sein – ein enger Fahrplan! Kleiner „Nebeneffekt“: Das Landesinstitut für Schulentwicklung, eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, wird aufgelöst, und die neuen Institutionen werden direkt der Rechts- und Fachaufsicht des Kultusministeriums unterstellt.

FREMDEVALUATION AUSGESETZT

Quasi mit „sofortiger Wirkung“ wurde in diesem Zusammenhang die externe Evaluation ausgesetzt. Laufende Verfahren konnten zwar beendet werden, doch ab dem Schuljahr 2017/18 finden zunächst keine verpflichtenden externe Evaluation im Sinne der Evaluationsverordnung für die Schulen mehr statt. Abzuwarten bleibt, ob ein weiterentwickeltes bzw. neu konzipiertes Verfahren bereits 2019 an den Start gehen und auf welche Akzeptanz es bei den Schulen und den weiteren Akteuren stoßen wird. Letztere musste und konnte im Übrigen innerhalb der letzten Dekade teilweise mühsam „in Feldarbeit“ aufgebaut werden.

CROWDFUNDING-PROJEKT EHEMALIGER EVALUATORIN- NEN UND EVALUATOREN ANGELAUFEN – (MIT-) AUTOREN GESUCHT!

Für ein Buchprojekt (Realisierungszeitraum 2017/2018) werden noch Autorinnen und Autoren für „Gastbeiträge“ gesucht: Ehemalige Evaluatorinnen und Evaluatoren (EVT) aus Baden-Württemberg haben sich zum Ziel gesetzt, einen Sammelband zum Thema herauszugeben, eine Art Zwischenbilanz der vergangenen zehn Jahre Fremdevaluation in BW zu ziehen und somit unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf die Wertigkeit der externen Evaluation als eine der Evidenzquellen im engeren Sinne besonders eingehen zu können. Die Sichtweisen der EVT sollen hier eine besondere Berücksichtigung erfahren. Ein Ausblick auf mögliche weitere Entwicklungen wird ebenfalls Teil des Buches sein. Ergänzt werden soll der Sammelband mit weiteren Erfahrungsberichten schulischer Akteure (z. B. Schulleitungen, Lehrkräfte) oder externer EVT anderer Bundesländer. Interessenten können gerne über die oben angegebene Mailadresse Kontakt aufnehmen. Bei der Berücksichtigung des Beitrags im Sammelband erhalten Autorinnen und Autoren im Falle der Veröffentlichung im Springer-Verlag ein Buchexemplar.

LINK ZUR PROJEKTPLATTFORM:

<https://www.startnext.com/fev-in-bw-the-first-ten-years>

Viele Kinder von Geflüchteten gehen in die Kita oder zur Schule

Frühkindliche Kita-Nutzung für eine erfolgreiche Integration

Repräsentative Befragung von IAB, BAMF und SOEP unter Geflüchteten: Vier von fünf Kindern im Alter von drei oder mehr Jahren gehen in eine Kita, aber nur jedes sechste im Alter unter drei Jahren.

Quelle: **Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung** • Foto: **Fotolia**



Integration beginnt in der Kita

IM FRÜHKINDLICHEN ALTER UNTER DREI JAHREN BESTEHT „NACHHOLBEDARF“

Kinder von nach Deutschland geflüchteten Menschen gehen im Alter von drei oder mehr Jahren kaum seltener in eine Kindertageseinrichtung als andere in Deutschland lebende Kinder. Deutlichen Nachholbedarf gibt es jedoch im frühkindlichen Alter unter drei Jahren: In dieser Altersgruppe besucht nur jedes sechste Kind von Geflüchteten eine Kita – etwa halb so viele wie unter allen in Deutschland lebenden Kindern, die jünger als drei Jahre sind. Das geht aus einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) hervor, die erstmals repräsentativ für Deutschland Auskunft gibt über die Bildungsbeteiligung von Kindern mit Fluchthintergrund. Die Daten basieren auf der IAB-BAMF-SOEP Befragung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) unter mehr als 4.500 erwachsenen Geflüchteten, die in den Jahren 2013 bis 2016 nach Deutschland kamen. Demzufolge nutzen Geflüchtete für ihre unter drei Jahre alten Kinder zu einem Anteil von gut 15 Prozent eine Kita, während die Nutzungsquote unter allen Kindern in Deutschland bei über 28 Prozent liegt.

„Dass Kinder mit Fluchthintergrund im Alter von unter drei Jahren vergleichsweise selten in eine Kita gehen, ist insofern problematisch, als die Grundlagen für eine erfolgreiche Integration und gesellschaftliche Teilhabe möglichst früh gelegt werden sollten und der spätere Bildungserfolg stark von der Bildungs- und Betreuungssituation im frühkindlichen Alter abhängt“, erklärt Frauke Peter, Bildungs- und Familienökonomin am DIW Berlin, die die Studie gemeinsam mit Ludovica Gambaro, Elisabeth Liebau und Felix Weinhardt verfasst hat. „Frühe Versäumnisse lassen sich später nur aufwendig wieder ausgleichen“, so Peter. Die Anstrengungen, dass Kinder Geflüchteter Bildungs- und Betreuungsangebote auch im frühkindlichen Alter nutzen, sollten daher erhöht werden.

NOCH IST UNKLAR, WAS GENAU DEN AUSSCHLAG FÜR ODER GEGEN EINEN KITA-BESUCH GIBT

Im Alter ab drei Jahren besuchen Kinder Geflüchteter bis zur Einschulung zu 80 Prozent eine Kita – bei allen Kindern in Deutschland liegt die entsprechende Quote bei fast 95 Prozent. In beiden Altersgruppen gibt es einen Ost-West-Unterschied: In den neuen Bundesländern gehen mehr Kinder Geflüchteter im Alter von bis zu drei Jahren in eine Kita als in den alten Bundesländern. In der Altersgruppe der Kinder von drei bis sechs Jahren kehrt sich das Verhältnis um. Auf Basis der bisherigen Datenlage ist es jedoch nicht möglich, den Ursachen näher auf den Grund zu gehen. So kann nicht untersucht werden, ob die Erwerbstätigkeit, der Bildungsstand der Eltern oder Stadt-Land-Unterschiede einen Einfluss darauf haben, ob Kinder Geflüchteter in eine Kita gehen oder nicht. Sicher ist nur: Je älter das Kind, desto wahrscheinlicher geht es in eine Kita. Und, mit Blick auf Kinder zwischen drei und sechs Jahren: Je länger Kinder bereits in Deutschland und speziell in Westdeutschland leben und je eher sie in einer privaten Wohnung statt einer Gemeinschaftsunterkunft leben, desto häufiger besuchen sie eine Kita.

Das Forscherteam des DIW Berlin hat zudem den Schulbesuch von Kindern Geflüchteter untersucht. Angesichts der allgemeinen Schulpflicht hierzulande wenig überraschend, gehen mehr als 94 Prozent in eine Grund- oder Sekundarschule. Die Tatsache, dass rund fünf Prozent der Kinder nicht zur Schule gehen, wird in künftigen Befragungen aber noch eine größere Rolle spielen: „Es ist beispielsweise wichtig zu verstehen, ob diese Kinder aufgrund psychischer Faktoren oder aufgrund von Kapazitätsproblemen nicht in die Schule gehen“, sagt Studienautor Felix Weinhardt. Hinzu kommt: Mehr als die Hälfte derjenigen Kinder Geflüchteter, die zur Schule gehen, bekommen keine gezielte Sprachförderung. „Vielleicht sprechen viele dieser Kinder bereits Deutsch – wahrscheinlicher ist jedoch, dass auch hier Nachholbedarf besteht“, so Weinhardt.

„Vielfalt sollte der Normalfall sein“

Uta-Micaela Dürig, Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung, im Interview

Um faire Bildungschancen und eine gleichberechtigte Teilhabe umzusetzen, unterstützt die Robert Bosch Stiftung Akteure im deutschen Bildungswesen. Im Interview mit Anne Odendahl berichtet Geschäftsführerin Uta-Micaela Dürig über Projekte der Stiftung, die vom Didacta Verband als „didacta-Bildungsbotschafter 2017“ ausgezeichnet wurden.

Quelle: Robert Bosch Institut • Foto: Bosch

Frau Dürig, welche Projekte unterstützt die Robert Bosch Stiftung im Bereich Bildung?

Dürig: Unser Hauptanliegen sind faire Startbedingungen für junge Menschen, unabhängig von Herkunft und sozialem Status. Deshalb konzentrieren wir uns auf Projekte, die dazu beitragen, die Qualität des Schul- und Betreuungssystems zu sichern und weiterzuentwickeln. Dabei hilft uns das Know-how, das sich die Stiftung in den vergangenen 30 Jahren erarbeitet hat. Beispielsweise vergeben wir seit 2006 jährlich den Deutschen Schulpreis. Inzwischen ist aus dem Wettbewerb eine Bewegung guter Schulen entstanden. Um dieses Potenzial noch besser nutzen zu können, haben wir im vergangenen Jahr gemeinsam mit der Heidehof Stiftung die Deutsche Schulkademie gegründet. Mit praxisnahen Fortbildungsangeboten macht sie die Erfahrungen der derzeit über 60 Preisträgerschulen für andere Schulen, Ministerien, Lehrerfortbildungsinstitute, Kommunen und private Schulträger verfügbar.

Wie sieht die Arbeit der Stiftung in den Bereichen frühkindliche Bildung und schulische Qualitätsentwicklung aus?

Nachdem die PISA-Ergebnisse von 2001 deutlich belegt haben, wie wichtig die ersten Lebensjahre für die weitere Bildungsbiographie sind, hat die Stiftung ihr Engagement in der frühkindlichen Bildung intensiviert. Zu Beginn ging es uns vor allem darum, die kaum entwickelte Forschung zu fördern. Nachdem Deutschland hier große Fortschritte gemacht hat, steht jetzt für uns die Frage im Vordergrund, wie wir in der Praxis zu einer weiteren Professionalisierung von Kita-Teams beitragen können, beispielsweise im Umgang mit sprachlicher, kultureller und religiöser Vielfalt. Mit der Qualitätsentwicklung von Schule

verbinden wir vor allem das Sichtbarmachen und die Verbreitung der guten Praxis, die viele Schulen in Deutschland bereits leisten. Grundlage unserer Initiativen ist ein umfassendes Verständnis von Bildung und Lernen, das in sechs Qualitätsbereichen zum Ausdruck kommt: Leistung, Umgang mit Vielfalt, Unterrichtsqualität, Verantwortung, Schulleben und Schule als lernende Institution.

Was bedeutet der Robert Bosch Stiftung die Auszeichnung als Bildungsbotschafter 2017?

Für uns ist das eine schöne Anerkennung und zugleich ein Ansporn. Als Stiftung sind wir bei unserer Arbeit auf starke Partner angewiesen: in der Praxis, in der Wissenschaft, in der Verwaltung und im Bildungssystem. Oft können wir Entwicklungen anstoßen, indem wir eine neutrale Plattform schaffen für den Dialog aller, denen Bildung am Herzen liegt. Dabei wollen wir uns auch als Stiftung stetig weiterentwickeln, neue Impulse frühzeitig aufgreifen und mutige Akteure unterstützen.

Sie wollen in den kommenden Jahren einen besonderen Fokus auf die Themen Migration, Integration und Teilhabe sowie Digitalisierung legen. Könnten Sie das anhand von Beispielen erläutern?

Wir möchten den professionellen Einsatz digitaler Medien für fachliches Lernen in Schulen fördern. Noch fehlt aber systematisches Wissen darüber, wie guter Unterricht mit digitalen Medien aussehen muss. Wir haben deshalb gemeinsam mit vier anderen großen Stiftungen das „Forum Bildung Digitalisierung“ geschaffen. In dieser Initiative bringen wir bundesweit Schulen zusammen, die die Digitalisierung bereits erfolgreich in ihren Schulalltag integriert haben. Für die Teilhabe an unserer Gesellschaft ist es für



Uta-Micaela Dürig
Die Robert Bosch Stiftung ist der
„didacta-Bildungsbotschafter 2017“

Kinder und Jugendliche eine enorm wichtig Grundvoraussetzung, Vielfalt aktiv zu erleben und zu lernen, sich in einer vielfältigen Gemeinschaft angenommen und wohlzufühlen. Daran arbeiten wir, indem wir beispielsweise pädagogischen Fachkräften das passende Rüstzeug für den Umgang mit Vielfalt an die Hand geben. Vielfalt sollte nicht nur unter den Kindern und Jugendlichen, sondern auch im Kita-Team oder im Lehrerzimmer der Normalfall sein, beispielsweise durch mehr Personal mit Migrationshintergrund.

Sie sind selbst Mutter. Welche Vor- und Nachteile des deutschen Schulsystems hat Ihnen die Schulzeit Ihrer Tochter vor Augen geführt?

Mit seinen Kindern durchlebt man durchaus eine zweite Schulzeit. Mit dem steigenden Schulalter meiner Tochter erlebe ich eine stärkere Fokussierung auf Leistung und aus Elternperspektive würde ich mir mehr Mitwirkung an der Gestaltung von Schule und Unterricht wünschen. Der Wunsch nach gleichen Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen, den die meisten Eltern ausnahmslos teilen, sollte grundsätzlich auch noch stärkere politische Unterstützung finden.



Beratung und Begleitung stärkt das Selbstbewusstsein

Mehr Angebote für junge Flüchtlinge

Künftig begleiten alle Jugendmigrationsdienste junge Flüchtlinge

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) baut seine Beratungsangebote für junge Flüchtlinge aus: Künftig sollen an allen Standorten der Jugendmigrationsdienste junge Flüchtlinge, die rechtmäßig oder mit Duldung in Deutschland leben, beraten und begleitet werden.

Quelle: **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend • Foto: Fotolia**

PRÄVENTION

Dr. Ralf Kleindiek, Staatssekretär im BMFSFJ, betont: „Die große Nachfrage an Beratung und Begleitung hat uns dazu bewogen, die guten Erfahrungen der 24 Modellstandorte schon jetzt auf alle Einrichtungen zu übertragen und damit bereits vor Ablauf der Modellphase Ende 2017 die Jugendmigrationsdienste für alle jungen Flüchtlinge zu öffnen. Die Bundesregierung leistet damit auch einen wichtigen Beitrag zur Prävention. Starke und selbstbewusste junge Menschen, die frühzeitig in Deutschland gute Unterstützung bekommen, sind weniger anfällig dafür, Opfer radikaler Gruppierungen zu werden.“

In den bisher 16 Monaten Laufzeit sind an den 24 Modellstandorten über 3.600 junge Menschen betreut worden. Die Hauptherkunftsländer sind Afghanistan, Syrien und Irak. Der Schwerpunkt der Begleitung lag auf der Stabilisierung der persönlichen Situation sowie bei der Unterstützung beim Zugang zu Sprachförderangeboten und der Aufnahme einer Beschäftigung.

ÜBER 450 JUGENDMIGRATIONSDIENSTE

Das BMFSFJ fördert bundesweit über 450 Jugendmigrationsdienste (JMD) in Trägerschaft der Bundesarbeitsgemeinschaften Katholische und Evangelische Jugendsozialarbeit, des Internationalen Bundes und der Arbeiterwohlfahrt.

Die JMD beraten und begleiten 12- bis 27-jährige Menschen mit Migrationshintergrund bei ihrer schulischen, beruflichen, sozialen und sprachlichen Integration mit Schwerpunkt am Übergang Schule-Beruf. Sie kooperieren dabei mit verschiedenen Stellen und Personen, die für die Integration relevant sind, darunter vor allem Eltern, Schulen, Sprachkursträgern, Jobcentern und Betrieben. 2016 wurden bundesweit insgesamt 100.000 junge Menschen beraten und begleitet. Das Bundesfamilienministerium stellt für diese Aufgabe

über 50 Mio. € pro Jahr zur Verfügung.

Ab Januar treten zudem die neuen Förderrichtlinien des Garantiefonds Hochschule in Kraft.

NEUGESTALTUNG DER SPRACHFÖRDERMASSNAHMEN

Dr. Ralf Kleindiek erläutert: „Da die Nachfrage an qualifizierten Deutschsprachkursen für Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge ungebrochen ist, haben wir die Förderrichtlinien Garantiefonds-Hochschulbereich grundlegend überarbeitet. Die Neugestaltung der Sprachfördermaßnahmen für Flüchtlinge, die ein Studium anstreben, ist eine sinnvolle Ergänzung der Sprachangebote zur Integration von hochqualifizierten Flüchtlingen. Wir stärken damit den Zugang zu den Universitäten, gerade auch für Frauen, die im Rahmen des Familiennachzugs einreisen.“

Die Kurse bauen auf den Integrationskursen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge auf und enden – je nach Bedarf – mit einem C1 Zertifikat oder mit einer weiteren Test Sprachprüfung, die Voraussetzung für die Aufnahme an einer Hochschule ist. Das neue Angebot fokussiert sich stärker als bisher auf den voruniversitären Bereich. Zum förderberechtigten Personenkreis gehören künftig – zu den bisher schon förderfähigen Familienangehörigen von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern – auch die nachreisenden Ehegattinnen und Ehegatten von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen. In 2017 werden rund 22 Millionen Euro aus dem Etat des Bundesfamilienministeriums bereitgestellt.

WEITERE INFORMATIONEN ZUM PROGRAMM FINDEN SICH UNTER:

www.jmd-portal.de

www.bildungsberatung-gfh.de

„Das Thema Terrorismus drängt sich in das Leben der Schüler“

Der ZDF-Terrorismusexperte Elmar Theveßen im Interview

Terrorismus und Islamismus sind im deutschen Alltag angekommen – auch an Schulen. Wie diese Themen im Unterricht behandelt werden können, erklärt Journalist Elmar Theveßen im Interview mit Anne Odendahl. Als ZDF-Terrorismusexperte geht er der Frage nach, ob aktuell ein „Kampf der Kulturen“ stattfindet.

Quelle: bildungsklick.de • Foto: Elmar Theveßen

Herr Theveßen, gibt es auch an Schulen einen „Kampf der Kulturen“?

Theveßen: Zumindest treibt er die Schüler um. Sie wollen darüber reden. Sie haben Fragen oder auch heftige Kritik, weil sie miterleben, was in der Welt los ist. Angesichts der Terroranschläge in Deutschland, drängt sich das Thema Terrorismus in das Leben der Schüler, wenn auch vielleicht nicht in dem Ausmaß wie in Brüssel und Paris. Mein persönlicher Eindruck ist, dass an manchen Schulen offen drüber diskutiert wird, und das ist gut. Wenn sich beispielsweise jemand, der aus einer Krisenregion kommt, empört und nicht verstehen kann, wieso der Westen nichts unternimmt, hat ein anderer ohne Migrationshintergrund andere Vorstellungen und Vorurteile gegenüber den ankommenden Flüchtlingen. Man muss dieser Diskussion Raum geben. Das braucht aber Betreuung durch den Lehrer.

Wie können Lehrkräfte das Thema Terrorismus im Unterricht angehen?

Lehrer haben da natürlich eine ganz wichtige und entscheidende Rolle. Konflikte tauchen eben in der Klasse auf, wenn Fragen gestellt werden oder Kritik geäußert wird. Lehrer wären in der Lage, ein Forum zu schaffen, in dem man offen, ohne Tabus Dinge miteinander diskutieren kann, ohne von vornherein für eine starke Meinung abgestraft zu werden. Dafür müssen Lehrer aber vorbereitet sein und sich mit dem Thema auskennen. In Deutschland ist das Thema Terrorismus in den meisten Bundesländern leider nicht Bestandteil des Curriculums, was im Umkehrschluss heißt, dass Lehrer auf Eigeninitiative hin arbeiten müssen. In der Regel finden sie keine Unterrichtsmaterialien. Das muss sich meiner Meinung nach ändern.

Wie können Lehrkräfte das Thema trotzdem vorbereiten?

Der Lehrer kann vorher recherchieren und sich mit Einzelbiographien beschäftigen. Warum wird ein junger Mensch zum Terrorist? Das kann man anhand von Einzelbeispielen sehr genau nachlesen. Allerdings ist es mühevoll, die entsprechenden Zeitungsartikel und anderen Veröffentlichungen zu finden. In Rheinland-Pfalz versuchen wir über einen Uni-Professor, Materialien und Unterrichtsreihen zu dem Thema durch Studierende vorbereiten zu lassen. Die Konzeptionierung ist 2016 erfolgt. 2017 sollen die Unterrichtsmaterialien zur Verfügung gestellt werden, möglicherweise per Download. Aber auch die Medien haben einiges zu bieten. Die öffentlich-rechtlichen Sender haben eine Reihe von Dokumentationen zu dem Thema – also mehr als die tagesaktuelle Berichterstattung, die man sich sinnvollerweise auch mal angucken kann, weil sie Emotionen entzündet: zum Beispiel mit schrecklichen Bildern aus Aleppo oder von Terroranschlägen mitten in Europa. Aber die Zusammenhänge werden in Dokumentationen oder Büchern dargestellt und das muss ein Lehrer aufbereiten. Leider sind wir mittlerweile in einem Universum unterwegs, wo es schwer fällt, in all dem Lärm die richtigen Medien herauszusuchen. Das geht jedem so. Auch uns Journalisten, wenn wir mit den sozialen Medien zu tun haben, in denen zu jedem beliebigen Ereignis wilde Gerüchte die Runde machen. Und zwar in so großer Zahl, dass man Schwierigkeiten hat, die Fakten herauszufiltern. Insofern ist es sinnvoll, sich damit zu beschäftigen, wie man zwischen Fake-News und dem, was verlässlich ist, unterscheiden kann.



Elmar Theveßen

Wie wichtig ist das Schulfach „Politische Bildung“?

Ich glaube, politische Bildung ist extrem wichtig, weil wir die Tendenz in der Welt haben, Dinge zunehmend fragmentiert anzuschauen. Das heißt, man sieht etwas und wertet es gleich. Ich will mal ein Beispiel nennen: Wenn man sieht, dass Syrien einerseits von russischen Streitkräften und ihren Verbündeten und andererseits von den US-Streitkräften und ihren Verbündeten bombardiert wird, kann man zu dem Schluss kommen, dass sie das Problem erschaffen. Sie sind also schuld, dass die Flüchtlinge hierher kommen und sollen sich bitteschön auch darum kümmern. Das ist aber ein Kurzschluss. Er erkennt, dass auch wir Europäer massiv dazu beigetragen haben, dass dieses Land 2011 in einem Bürgerkrieg explodiert ist. Die politischen Zusammenhänge sind komplexer als einen Tagesereignisse glauben lassen. Und das kann man nur in Form von politischer Bildung, auch im Unterricht, aufarbeiten, indem man sich die Zeit nimmt, diese Zusammenhänge aufzuspüren und miteinander zu diskutieren.

Kann Schule präventiv eingreifen, bevor sich Schüler radikalisieren?

Absolut, und zwar durch eine offene Diskussionskultur: einerseits im Unterricht, aber möglicherweise auch mit Workshops, Diskussionsrunden oder Vorträgen. Ich glaube, da kann man eine Menge machen. Das kann man nur empfehlen, weil das Unterdrücken strittiger Themen Dampf erzeugt, der irgendwo aus dem Kessel heraus muss. Das kann bei Einzelnen dazu führen, dass sie sich radikalisieren.

Erste Ergebnisse der Studie „Geflüchtete Familien“

Repräsentative Erkenntnisse über Bildungshintergrund von Flüchtlingen

Untersuchung liefert repräsentative Erkenntnisse über Bildungshintergrund von Flüchtlingen. 40 Prozent der erwachsenen Flüchtlinge mit gültigen Bildungsangaben, die zwischen 2013 und Januar 2016 nach Deutschland eingereist sind, haben eine weiterführende Schule besucht, 35 Prozent haben einen entsprechenden Schulabschluss erworben.

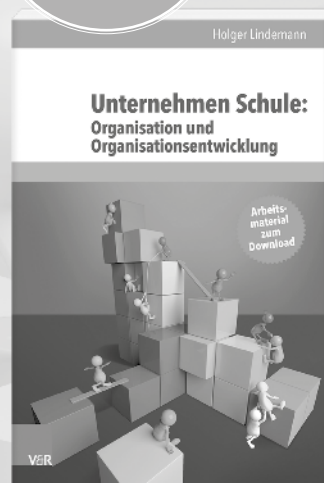
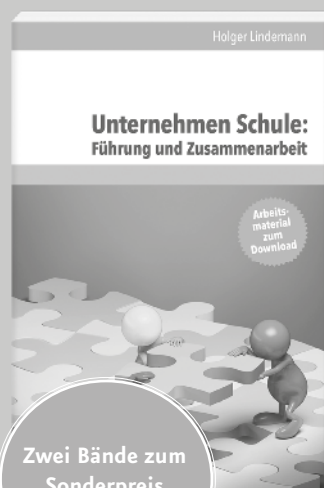
Quelle: **Bundesministerium für Bildung und Forschung** • Foto: **Fotolia**

GEFAM-STUDIE

Rund elf Prozent der Geflüchteten, Männer wie Frauen, verfügen lediglich über Bildung auf Grundschulniveau und weitere elf Prozent gaben an, in ihrem Heimatland keine Schule besucht zu haben. Am anderen Ende des Bildungsspektrums verfügen 13 Prozent der Flüchtlinge über ein höheres Bildungsniveau im tertiären Bereich, dazu zählen zum Beispiel Hochschulabschlüsse, Meisterprüfungen oder Technikerabschlüsse. Insgesamt hatten 64 Prozent der Flüchtlinge bei ihrer Ankunft in Deutschland einen Schulabschluss, 20 Prozent einen Hochschul- oder beruflichen Bildungsabschluss.

Das sind erste Ergebnisse der Studie „Geflüchtete Familien“ (GeFam), die von Forscherinnen und Forschern am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), dem Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) und dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erarbeitet wurde. Die GeFam-Studie stützt sich auf eine Längsschnittbefragung von 4.816 geflüchteten Erwachsenen und ihren 5.717 Kindern und wird überwiegend vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und aus dem Forschungsetat des IAB finanziert.

„Für die Integration der Flüchtlinge in Deutschland sind Untersuchungen wie die Studie „Geflüchtete Familien“ von großem Wert – sie liefern Erkenntnisse, die Politik und Verwaltung brauchen, um ihre Maßnahmen richtig zu steuern. Und sie liefern wertvolle Daten, die für die Migrationsforschung neue Perspektiven eröffnen und die Qualität



Holger Lindemann Buchpaket Unternehmen Schule

1. Führung und Zusammenarbeit /
2. Organisation und Organisationsentwicklung

2017. Zwei Bände, zusammen 655 Seiten, inklusive Arbeitsmaterial zum Download, **€ 45,- D** (statt einzeln € 54,- D) ISBN 978-3-525-70224-6

Um als Gemeinschaft und Organisation zusammenarbeiten zu können, müssen zwei übergeordnete Themenbereiche in den Blick genommen werden: »Führung und Zusammenarbeit in Schule und Unterricht« und »Organisation und Organisationsentwicklung«. Holger Lindemann widmet sich diesen Themen in den beiden Bänden von »Unternehmen Schule«. Schule wird hierbei begriffen als eine Organisation, die durch die beteiligten Personen aktiv gestaltet werden soll. Anschaulich und praxisorientiert führen die beiden Bände in organisations-theoretische Ideen und Managementmodelle ein. Arbeitshilfen und Übungen machen die Modelle für die Praxis handhabbar.

Band 1 und 2 von **Unternehmen Schule** sind auch einzeln beziehbar.

Holger Lindemann Moderation, Mediation und Beratung in der Schule

Lern- und Arbeitsbuch für pädagogische und soziale Berufe

2017. 301 Seiten mit 37 Abbildungen und 15 Tabellen, gebunden **€ 32,- D** ISBN 978-3-525-70240-6

Holger Lindemann vermittelt in seinem umfassenden Buch ein Ablaufschema und die zentralen Techniken der Moderation, Mediation und Beratung, mit denen es aus der Position eines beliebigen Beteiligten heraus gelingt, die Führung eines beliebigen Gesprächs mit einer beliebigen Anzahl von Beteiligten in beliebiger Zusammensetzung zu übernehmen.



von wissenschaftlichen Migrationsstudien weiter steigern“, sagte die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Johanna Wanka. 18 vom BMBF geförderte Migrationsforschungsprojekte starten im Herbst, von denen bereits einige auf die Daten zugreifen werden.

ANZAHL DER ANERKENNUNGSANTRÄGE WIRD SICH NOCH WEITER ERHÖHEN

Bisher hat rund ein Drittel der befragten Flüchtlinge der Studie zufolge mit einem im Ausland erlernten Beruf die Anerkennung der mitgebrachten beruflichen Qualifikationen beantragt. Rund die Hälfte derjenigen, die einen Antrag auf Anerkennung ihrer beruflichen Qualifikation gestellt haben, hat auch bereits eine Rückmeldung erhalten, die in 95 Prozent der Fälle mindestens eine teilweise Anerkennung beinhaltet. Bei Syrerinnen und Syrern wurde nach der Statistik zu den bundesrechtlich geregelten Berufen in mehr als drei Viertel der Verfahren die volle Gleichwertigkeit festgestellt.

Darüber hinaus ist knapp die Hälfte der Flüchtlinge daran interessiert, einen Schulabschluss in Deutschland zu machen. Deutlich mehr, nämlich zwei Drittel, streben einen beruflichen Abschluss an. Auch wenn nur ein Teil der Befragten seine Bildungsabsichten tatsächlich realisieren kann, sollte sich die derzeitige Qualifikationsstruktur der Geflüchteten somit mittelfristig noch verändern.

„Diese ersten Feldergebnisse machen deutlich, dass wir mit dem Anerkennungsgesetz eine wichtige Grundlage zur Integration auch von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt geschaffen haben“, sagte Bundesministerin Wanka. „Ermutigend ist auch, dass viele Geflüchtete einen beruflichen Abschluss anstreben. Auch dafür haben wir gute Voraussetzungen geschaffen: Zum Einstieg in die Ausbildung haben wir zum Beispiel gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks die Initiative ‚Wege in Ausbildung für Flüchtlinge‘ gestartet. Hierdurch sollen bis zu 10.000 junge Menschen eine Chance auf eine Ausbildung im Handwerk erhalten.“

Angeichts der in den letzten Jahren gestiegenen Zahl der Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, ist davon auszugehen, dass sich die Anzahl der Anerkennungsanträge von Staatsangehörigen aus den Hauptherkunftsländern noch weiter erhöhen wird. So ist der Anteil Geflüchteter und Asylsuchender in den Beratungs- und Qualifizierungsangeboten des Förderprogramms „Integration durch Qualifizierung“ (IQ) stetig gestiegen und lag im ersten Halbjahr 2017 in der Anerkennungsberatung bei 44 Prozent und den Qualifizierungsmaßnahmen bei 35 Prozent.



Das Anerkennungsgesetz ist eine wichtige Grundlage

MIGRATIONSFORSCHUNG IN DEUTSCHLAND WIRD GESTÄRKT

Die Daten der IAB-BAMF-SOEP-Befragung werden ab November in anonymisierter Form der Forschungscommunity zur Verfügung gestellt. Aufgegriffen wird dies bereits im Rahmen der Förderbekanntmachung „Migration und gesellschaftlicher Wandel“ des BMBF, auf die sich zahlreiche Geistes- und Sozialwissenschaftler mit innovativen Forschungsideen beworben haben. Bundesweit sind jetzt 18 Forschungsprojekte zur Förderung ausgewählt worden. So wird beispielsweise der Forschungsverbund „Diversität und Wandel der Erziehung in Migrantenfamilien aus der Perspektive von Eltern und Fachpraxis“ (DIWAN) den kulturellen Wandel und die migrationsbedingte Diversität von Erziehungsleitbildern in Deutschland seit den 1980er Jahren untersuchen. Die Analyse von Leitbildern in neu zugewanderten Familien erfolgt u.a. auf Grundlage der Daten der IAB-BAMF-SOEP-Befragung Geflüchteter. Auch im Forschungsverbund „Affektive und kulturelle Dimensionen von Integration infolge von Flucht und Zuwanderung“ (AFFIN) werden unter anderem IAB-BAMF-SOEP-Daten genutzt, um einen Vergleich der Werthaltung von Geflüchteten mit der einheimischen Be-

völkerung durchzuführen.

Das BMBF stärkt mit verschiedenen Aktivitäten die Migrationsforschung in Deutschland. Neben den 18 Migrationsforschungsprojekten der Förderbekanntmachung „Migration und gesellschaftlicher Wandel“ sowie den bereits seit einem Jahr laufenden Förderaktivitäten wie der Gefam-Studie fördert das BMBF auch acht Forschungsprojekte zur Migrationsthematik im Rahmen der Förderbekanntmachung „Zusammenhalt stärken in Zeiten von Krisen und Umbrüchen“.

Forschungsergebnisse für den Schulalltag

Onlineplattform stellt Lehrerausbildung und Schulunterricht auf evidenzbasiertes Fundament



Die Technische Universität München (TUM) hat eine Onlineplattform gestartet, die den aktuellen Stand der Bildungsforschung verständlich und übersichtlich zusammenfasst.

Quelle: Technische Universität München • Foto: Fotolia

Das „Clearing House Unterricht“ für Schulen und Hochschulen

DIE ONLINEPLATTFORM „CLEARING HOUSE UNTERRICHT“

Das „Clearing House Unterricht“ soll dabei helfen, die Lehrerausbildung und den Schulunterricht nach wissenschaftlichen Erkenntnissen zu gestalten. Beantwortet werden konkrete Fragen aus dem Schulalltag.

Sind Jugendliche motivierter, wenn sie in der Schule Computerspiele nutzen können? Lernen Schülerinnen und Schüler in Kleingruppen besser als alleine? Bekommen Mädchen tatsächlich bessere Noten als Jungen? Vor solchen und Dutzenden weiteren Fragen stehen Lehrerinnen und Lehrer, wenn sie ihren Unterricht gestalten. Wollen sie sich nicht nur auf ihr Bauchgefühl oder individuelle Erfahrungen verlassen, sind sie auf wissenschaftliche Erkenntnisse angewiesen. Doch die Forschungslage ist nur schwer zu durchschauen: Wo finde ich Studien zu meinem Problem? Sind diese oder jene Ergebnisse noch aktuell? Was bedeuten die Fachbegriffe?

SERVICE NACH DEM VORBILD DER MEDIZIN

Solche Fragen beantwortet ab sofort die Onlineplattform „Clearing House Unterricht“ der TUM School of Education, der Fakultät für Bildungsforschung und Lehrerbildung der TU München. Ein Team aus fünf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sichtet die aktuellsten Metastudien, also übergreifende Untersuchungen, die alle relevanten Einzelstudien zu einer bestimmten Frage auswerten. Diesen Stand der Forschung erklärt das Team dann auf der Webseite verständlich in einem kurzen Text und zieht ein Fazit für die Unterrichtspraxis.

„In der Medizin gibt es solche ‚Clearing Houses‘ schon längst. Denn im stressigen Berufsalltag schafft es kaum jemand, nebenbei einen Stapel Fachzeitschriften durchzulesen“, sagt Prof. Tina Seidel, Projektleiterin des „Clearing House Unterricht“. „Wenn aber wissenschaftliche Erkenntnisse nicht in der Schulpraxis ankommen, vergeben wir die Chance, den Unterricht für unsere Kinder weiter zu verbessern.“

KOSTENFREIES MATERIAL FÜR DIE AUSBILDUNG

12 „Kurzreviews“ stehen im „Clearing House Unterricht“ bereits online, zahlreiche weitere sollen folgen. Dabei richtet sich TUM School of Education nach den Fragen, die in den Schulen am meisten diskutiert werden und gleichzeitig am besten untersucht sind. Dem Profil der Fakultät entsprechend, konzentriert sich das Portal auf die Sekundarstufe und auf den MINT-Unterricht, das heißt, auf die Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

Ergänzt werden soll die Webseite künftig mit kostenfreien Materialien, die die praktische Umsetzung von Forschungsergebnissen veranschaulichen und in der Lehrerbildung eingesetzt werden können. Dort sieht Tina Seidel auch die Hauptzielgruppe des Portals: „Natürlich freuen wir uns, wenn sich viele Lehrerinnen und Lehrer Anregungen holen. Im ersten Schritt aber ist uns am wichtigsten, dass diejenigen, die Lehramtsstudierende und Referendare unterrichten oder Lehrkräfte weiterbilden, auf einem festen evidenzbasierten Fundament stehen.“

EMPIRISCHE FORSCHUNG AN DER TUM SCHOOL OF EDUCATION

Das „Clearing House Unterricht“ ist Teil des Konzepts „Teach@TUM“ mit dem die TUM School of Education 2015 bei der Qualitätsoffensive Lehrerbildung von Bund und Ländern erfolgreich war. Die 2009 gegründete Fakultät sieht es als ihre Aufgabe, empirisch gewonnene Erkenntnisse für Schulen und Hochschulen zu generieren. Mit der Organisation des Lehramtsstudiums an der TUM hat sie neue Maßstäbe gesetzt, weil sie als erste deutsche Fakultät die fächerübergreifende Verantwortung für alle Lehramtsstudierenden übernehmen konnte. So können die fachwissenschaftlichen und die didaktisch-pädagogischen Teile des Studiums systematischer aufeinander abgestimmt werden.



Beim Thema Inklusion besteht auch in Schweden noch Handlungsbedarf

„Wir zehren von unserem guten Ruf“

Dr. Thomas Barow im Interview

Schweden gilt als Vorbild für schulische Inklusion: Bereits seit 1962 soll eine neunjährige Grundschule ein gemeinsames Lernen ermöglichen. Für Dr. Thomas Barow, deutscher Sonderpädagoge an der Universität Göteborg, besteht trotzdem dringend Handlungsbedarf.

Quelle: **BEGEGNUNG**, Pia Behme • Foto: Fotolia

Herr Dr. Barow, hat Schweden das perfekte Inklusionssystem?

Sicherlich nicht. Dazu gibt es zu viele Hindernisse und Erschwer-nisse bei der praktischen Umsetzung. Wir haben in Schweden beispielsweise eine Sonderschule, die „särskola“ für Schüler mit geistiger Behinderung, die seit fünf Jahren auch wieder nach einem eigenen Lehrplan unterrichtet. Daneben gibt es im Schulgesetz auch die Möglichkeit einer „individuellen Integration“ dieser Schüler in die Grundschule. Leider geht der Trend wieder in Richtung Sonderschule: 2005 besuchten noch 16 Prozent der Schüler mit geistiger Behinderung eine allgemeine Grundschule, 2015 waren es nur noch 11 Prozent. Wir gehen also rückwärts in der Entwicklung. Ich bezeichne Schweden nicht als Vorbild für Inklusion, wenngleich wir hier zweifellos sehr positive Ansätze haben. Aber wir zehren doch sehr von unserem guten Ruf.

Warum galt Schweden lange als Inklusionsvorbild?

Das ist historisch bedingt. Schweden hat schon 1962 eine Grundschule eingeführt, in der alle Kinder von Klasse 1 bis 9 gemeinsam lernen sollen. Parallel dazu gab es eine ganze Reihe sozialer Reformen. Man hat zum Beispiel in den 60er Jahren begonnen, Heime für Menschen mit geistiger Behinderung aufzulösen und durch kleinere Wohneinheiten zu ersetzen. Diese Reformpolitik der Nachkriegszeit wirkt stark nach und hat das Schwedenbild in Deutschland nachhaltig beeinflusst. Schweden hat sich seit Anfang der 90er Jahre aber

massiv gewandelt. Wir haben mittlerweile sehr viele private Schulen. Es gibt Konzerne, die Schulen betreiben und Gewinne abschöpfen. Es hat eine extreme Liberalisierung des Schulwesens stattgefunden, die mittlerweile von vielen bereut wird.

Der Begriff „Inklusion“ kommt im schwedischen Schulgesetz und in den Lehrplänen überhaupt nicht vor. Das Ziel ist natürlich, alle Kinder gemeinsam in der Grundschule zu unterrichten, aber es gibt Einschränkungen: Die Sonderschule oder „särskola“ besuchen Schüler, bei denen eine geistige Behinderung diagnostiziert wurde. Ansonsten gibt es Fördergruppen für Kinder mit Verhaltensschwierigkeiten, zum Beispiel für Kinder mit einer ADHS-Diagnose. Wenn es allerdings „nur“ um die Leistungen geht, wenn jemand aus welchem Grund auch immer nicht gut lesen, schreiben, rechnen kann, dann bleibt er eher im allgemeinen Klassenverband, wo die sonderpädagogische Förderung erfolgen soll. Die Schulpflicht endet nach dem 9. Schuljahr. Die meisten Jugendlichen besuchen jedoch weiter die gymnasiale Oberstufe, um dort einen Abschluss zu machen. Allerdings schaffen sehr viele Schüler den Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule nicht, weil ihre Noten nicht ausreichen. Zurzeit erfüllt etwa jeder Neunte noch nicht die Anforderungen und absolviert im Gymnasium zunächst ein „Einführungsprogramm“, das jedoch eine hohe Abbruchquote aufweist. Das ist ein großes Problem, sowohl für den Einzelnen als auch für das Bildungssystem im Ganzen.

Ist Inklusion ein Thema im öffentlichen Diskurs?

Von Einzelinitiativen abgesehen, kaum. Ich erlebe einen Stillstand bis langsamen Rückschritt in Fragen inklusiver Bildung. Vor etwa 15 Jahren gab es das sogenannte „Carlbeck-Komitee“, das im staatlichen Auftrag untersuchte, wie Grund- und Sonderschule besser zusammenarbeiten können, damit die Sonderschule eines Tages möglicherweise überflüssig wird. 2006 gab es einen Regierungswechsel: Der bis 2014 amtierende Schulminister Jan Björklund von den Liberalen sagte damals in einem Interview, er habe den Komitee-Bericht über die Zusammenarbeit von Grund- und Sonderschule in den Papierkorb geworfen. Wir haben zwar mittlerweile eine neue Regierung, aber das Thema Inklusion steht nicht im Vordergrund. Seit einigen Jahren ist die Diskussion über sinkende Schulleistungen stärker, also das, was man in Deutschland als PISA-Schock bezeichnet hat.

Wo sehen Sie Handlungsbedarf in Schweden?

Es gibt Handlungsbedarf in unterschiedlichen Bereichen: Wir müssen massiv daran arbeiten, dass wir bei der Inklusion von Schülern mit geistiger Behinderung nicht den Anschluss an internationale Entwicklungen verlieren. Ein anderer Punkt ist, dass die sonderpädagogische Förderung noch stärker als bisher in den allgemeinen Schulen vorgenommen werden muss. Es gibt zum Beispiel Sonderklassen, die formal Teil allgemeinbildender Schulen sind, aber in einem Gebäude einen Kilometer von der eigentlichen Schule entfernt unterrichtet werden. Das entspricht in der Realität einer Sonderschule, heißt aber nicht so. Der Ausgangspunkt ist dabei vor allem die Entwicklung der allgemeinen Schule.

Wie sieht die sonderpädagogische Förderung aus?

Bis 2014 wurden Schüler, bei denen die Gefahr bestand, die Lernziele nicht zu erreichen, sonderpädagogisch nach einem Förderplan unterstützt. Das waren bis dahin 12 bis 13 Prozent aller Schüler. Inzwischen erhalten infolge einer Reform nur noch Kinder mit umfassendem Förderbedarf einen Förderplan, das sind etwa sechs Prozent. Für alle anderen – die ebenfalls die Lernziele zumindest teilweise verfehlen – wurde ein neuer Begriff ins Schulgesetz eingeführt, die sogenannten „besonderen Anpassungen“. Das sind Fördermaßnahmen im Rahmen des allgemeinen Unterrichts, beispielsweise eine spezielle Leseunterstützung. Die schwedische Schulinspektion, die für die Qualitätssicherung verantwortlich ist, kritisiert allerdings, dass nur unzureichend evaluiert wird, welche Auswirkungen diese besonderen Anpassungen haben. Untersuchungen zeigen, dass Kinder eher sonderpädagogisch gefördert werden, wenn eine konkrete medizinische Diagnose vorliegt. Das führt in den letzten Jahren zu einem Anstieg von Diagnosen, etwa im Autismus-Spektrum. Nach meinem Verständnis von inklusiver Bildung möchte man zwar wegkommen vom Denken „wir Normalen“ versus „die Anderen“, stattdessen verstärkt sich eher die Tendenz, zwei Schülergruppen zu unterscheiden: die mit und die ohne Behinderung.

Wie unterscheidet sich der deutsche Inklusionsansatz vom schwedischen?

Der Grundgedanke ist derselbe: dass man Kinder und Jugendliche unabhängig von ihren Voraussetzungen – sei es sozialer Hintergrund, Behinderung, Ethnizität usw. – gemeinsam unterrichtet. Dazu wird auf den Ebenen Schule und Schulsystem, Schulklasse und Individuum ein pädagogisches Gesamtkonzept benötigt. Insbesondere die Kompetenz der Lehrkräfte, auf unterschiedliche Lernvoraussetzungen einzugehen, muss gestärkt werden. Was Schweden stark von Deutschland unterscheidet, ist die Tatsache, dass in den meisten deutschen Bundesländern die Kinder nach der 4. Klasse in verschiedene Schulformen kommen. Diese frühzeitige Aufteilung verläuft völlig konträr zum Gedanken inklusiver Bildung.

Was kann Deutschland von Schweden lernen?

Als ich zwischen 1999 und 2008 als Sonderschullehrer in Deutschland gearbeitet habe, gab es immer einen Legitimationsdruck: Warum sollen Kinder mit Behinderungen jetzt auch in reguläre Klassen gehen? Mich beeindruckt immer wieder, dass es in Schweden eine große Of-

fenheit für Inklusion gibt. Wenn ich mit meinen Studenten diskutiere, geht es weniger um das „Ob“, sondern um das „Wie“. Aber auch in Deutschland hat sich in den letzten zehn Jahren vieles verändert: bildungspolitische Reformen, Schließung zahlreicher Förderschulen, neue Professuren für inklusive Bildung etc.

Kann Schweden auch etwas von Deutschland lernen?

Absolut. In Schweden muss ein Lehrer erst seit Kurzem die entsprechende Ausbildung haben, um weiter unterrichten und benoten zu können. In den Sonderschulen ist nicht einmal jede zweite Lehrkraft sonderpädagogisch qualifiziert. An den Hochschulen werden Sonderpädagogen im berufsbegleitenden Teilzeitstudium ausgebildet. Meine Studenten arbeiten fast alle schon in diesem Bereich, obwohl sie sich noch in der Ausbildung befinden. Diesbezüglich haben die Schweden ein Qualitätsproblem. Die Qualität der Lehrerbildung in Deutschland ist nicht zu unterschätzen.

In Deutschland spricht man häufig über die Überforderung von Lehrkräften. Gibt es diese Debatte auch in Schweden?

Im Grunde ja, es wird vielleicht nicht so offen ausgesprochen. Aber wenn man sich mit den Studenten unterhält, dann ist Überforderung schon ein Thema. Lehrkräfte müssen vernünftig vorbereitet und ausgebildet werden, das heißt, sie müssen Kompetenzen mitbringen und weiterentwickeln können. Zum Beispiel: Wie gehe ich mit einem Kind um, das ein herausforderndes Verhalten zeigt? Wie kann Heterogenität als Ressource genutzt werden? Da kann man sowohl in Schweden als auch in Deutschland vieles verbessern.

Dieser Beitrag wurde zuerst in der Zeitschrift „BEGEGNUNG – Deutsche schulische Arbeit im Ausland“ 1-2017 veröffentlicht.

Anzeige



Quelle: Deutsche Schule Pretoria / Birgit Kirsch

Übernehmen Sie Verantwortung für Schule weltweit als Leiter/-in einer Deutschen Auslandsschule!

140 Deutsche Auslandsschulen weltweit bieten spannende berufliche Herausforderungen für Schulleiterinnen und Schulleiter.

Voraussetzungen für Ihre Bewerbung:

- ✓ Sie haben sich im Inlandsschuldienst und/oder im Auslandsschuldienst besonders bewährt.
- ✓ Sie haben bereits eine herausgehobene Funktion in der Schule wahrgenommen.
- ✓ Vor Dienstantritt in der Auslandsschule sind Sie mindestens drei Jahre im Inlandsschuldienst tätig gewesen.

Bei Fragen zum Bewerbungsverfahren nehmen Sie bitte Kontakt auf mit dem

Bundesverwaltungsamt – Zentralstelle für das Auslandsschulwesen –

Ansprechpartnerin: Marita Hannemann

E-Mail: marita.hannemann@bva.bund.de

Tel.: 022899 358 8739 oder 0221 758 8739

sowie mit dem zuständigen Auslandsbeauftragten in dem für Sie zuständigen Kultusministerium.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.auslandsschulwesen.de.

Kein Mensch lernt digital

Über den sinnvollen Einsatz neuer Medien im Unterricht

Autor Ralf Lankau entlarvt in seinem Buch „Kein Mensch lernt digital – Über den sinnvollen Einsatz neuer Medien im Unterricht“ die wirtschaftlichen Interessen der IT-Branche und ihrer Lobbyisten. Er fordert: Wir müssen uns auf unsere pädagogische Aufgabe besinnen und (digitale) Medien wieder zu dem machen, was sie im strukturierten Präsenzunterricht sind: didaktische Hilfsmittel.

Quelle: Ralf Lankau: *Kein Mensch lernt digital – Über den sinnvollen Einsatz neuer Medien im Unterricht*

IST DIE ZUKUNFT DIGITAL?

Unsere Zukunft ist nicht digital, auch wenn uns das tagtäglich Wirtschaftsvertreter, Bildungsexperten, Politiker und Medien suggerieren. Menschen haben keine digitale Zukunft. Die Zukunft der Menschen ist (hoffentlich) human und demokratisch. Nicht die Zukunft ist digital, sondern es entstehen allenfalls technische Strukturen mit digitaler Datenübertragung. Wir haben auch keine digitalisierte Zukunft, denn dazu müsste sich alles, was uns umgibt, und wir selbst in Bit und Byte auflösen – und wäre nicht mehr Bestandteil der realen Welt. Auch wenn es trivial ist, scheint man daran erinnern zu müssen, dass »digital« ein technisches Speicher- und Distributionsformat für digitalisierte Daten bezeichnet. Der Begriff Digital (von »digit«: Finger, Ziffer) beschreibt die technische Codierung von Zeichen und Signalen in binären Systemen (0/1) und deren Übertragung in Netzwerken. Digitalisiert und digitalisierbar (das heißt maschinenlesbar) sind Inhalte und Informationen, vom Text über Maschinenprotokolle, von Bildern und Grafiken bis zum audiovisuellen Film oder interaktiven Spiel, nicht aber Bildungs- oder Lernprozesse.

Damit sollte auch deutlich sein, was überhaupt digitalisiert und digital gespeichert werden kann: Information, die in Form von Daten oder Dateien in ein maschinenlesbares Format gebracht werden. Daten selbst sind weder Information noch Wissen. Dazu bedarf es immer des Kontextes und der Interpretation. Dabei gibt es zwei entscheidende Einschnitte durch Digitaltechnik, wenn man den Modellen der IT-Wirtschaft folgt:

DATEN SIND DIE WÄHRUNG DES 21. JAHRHUNDERTS WIE ERDÖL DIE WÄHRUNG DES 20. JAHRHUNDERTS WAR. ZIEL IST, MÖGLICHST VIELE DATEN ZU SAMMELN

Wenn man dies als neue Kenngröße akzeptiert, wird klar, warum möglichst alle Lebensbereiche mithilfe von Digitaltechnik unterstützt und die daraus generierten Daten digital aufgezeichnet und ausgewertet werden sollen. Dazu müssen erstens alle Rechner, Gadgets und Digital Devices mit dem Netz verbunden sein. Das ermöglicht ein flächendeckendes Funknetz (WLAN). Dazu müssen zweitens alle Aktionen der Benutzer protokolliert werden, von der Tastatureingabe über besuchte Websites bis zu benutzten Programmen. Dazu muss drittens das Kommunikations- und Sozialverhalten aufgezeichnet werden. Dank der sogenannten »Social Media«-Dienste als Selbstdarstellungsplattfor-



Ralf Lankau: *Kein Mensch lernt digital – Über den sinnvollen Einsatz neuer Medien im Unterricht*. Beltz (Weinheim Basel) 2017. ISBN 978-3-407-25761-1 Print. ISBN 978-3-407-29525-5 E-Book (PDF). 192 Seiten. EUR 24,95

men wird auch das möglich. Damit das Bild sich im Wortsinn vervollständigt, werden darüber hinaus möglichst viele neue smarte Geräte, aber auch Kinderspielzeug mit Kameras, Mikrofon und Sensorchips ausgestattet, die munter ins Netz senden. Ziel ist das vollständige Bewegungs- und Verhaltensprotokoll möglichst aller Menschen. Dafür sorgen immer mehr Daten sendende smarte Geräte (»Smart Home«, »Smart City«), Chips in der Kleidung (»wearables«) und in den Körper implantiert. Der Mensch wird gläsern.

DATEN WERDEN OHNE ZUTUN UND EINGRIFFSMÖGLICHKEITEN DER NUTZER IN DER CLOUD MIT DEN METHODEN DES BIG DATA ANALYZING ODER BIG DATA MINING AUSGEWERTET. DER MENSCH IM NETZ IST NUR MEHR DATENLIEFERANT

Alles, was man im Netz macht, wird gespeichert und ausgewertet. Im Idealfall anonymisiert, in der Praxis personalisiert. Dabei gibt es widerstreitende Interessen: Die IT-Wirtschaft möchte möglichst viele Bereiche des Lebens möglichst schnell möglichst vollständig auf digitale Protokoll-, Kontroll- und Steuerungstechnik umstellen. »Alles digital«, lautet das Ziel. Das Interesse zumindest der technisch versierten und aufgeklärten Nutzer ist es hingegen, so wenige Daten wie nur möglich preiszugeben. Datensparsamkeit und Datenlokalisation sind die dafür relevanten Begriffe. Beide widersprechen zwar den Geschäftsmodellen der Internet-Monopolisten, aber das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist der notwendige Konterpart zur Datensammelwut der Konzerne, auch wenn Datenschutz erst noch (und immer wieder neu) eingeklagt werden muss (vgl. Kap. 4).

Abbildung 1 zeigt ein unvollständiges Schema der zur Disposition stehenden Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens, die digitalisiert – das heißt: mit Chips, Sensoren, Kamera und Mikrofon versehen – protokolliert, aufgezeichnet und in der Big Data-Cloud ausgewertet werden sollen. Für diese Bereiche gibt es bereits Prototypen oder Testumgebungen und die entsprechende Software.

Noch etwas großspuriger sind die Heilsversprechen aus dem Silicon Valley. Neben einer pauschal »besseren Welt für alle Menschen« wird der Sieg über Krankheiten wie Krebs prognostiziert (Googles Calico) oder gleich die Unsterblichkeit des Menschen herbeifantasiert. Für Ray Kurzweil, Erfolgsautor und Leiter der technischen Entwicklung bei Google, ist es nur eine Frage der Zeit, bis das menschliche Bewusstsein im Netz existiert. Der menschliche Körper sei zwar durch Altern und Krankheiten sterblich, aber das menschliche Bewusstsein lasse sich in ein digitales Abbild transferieren und ins Netz hochladen, wo es ewig lebe.

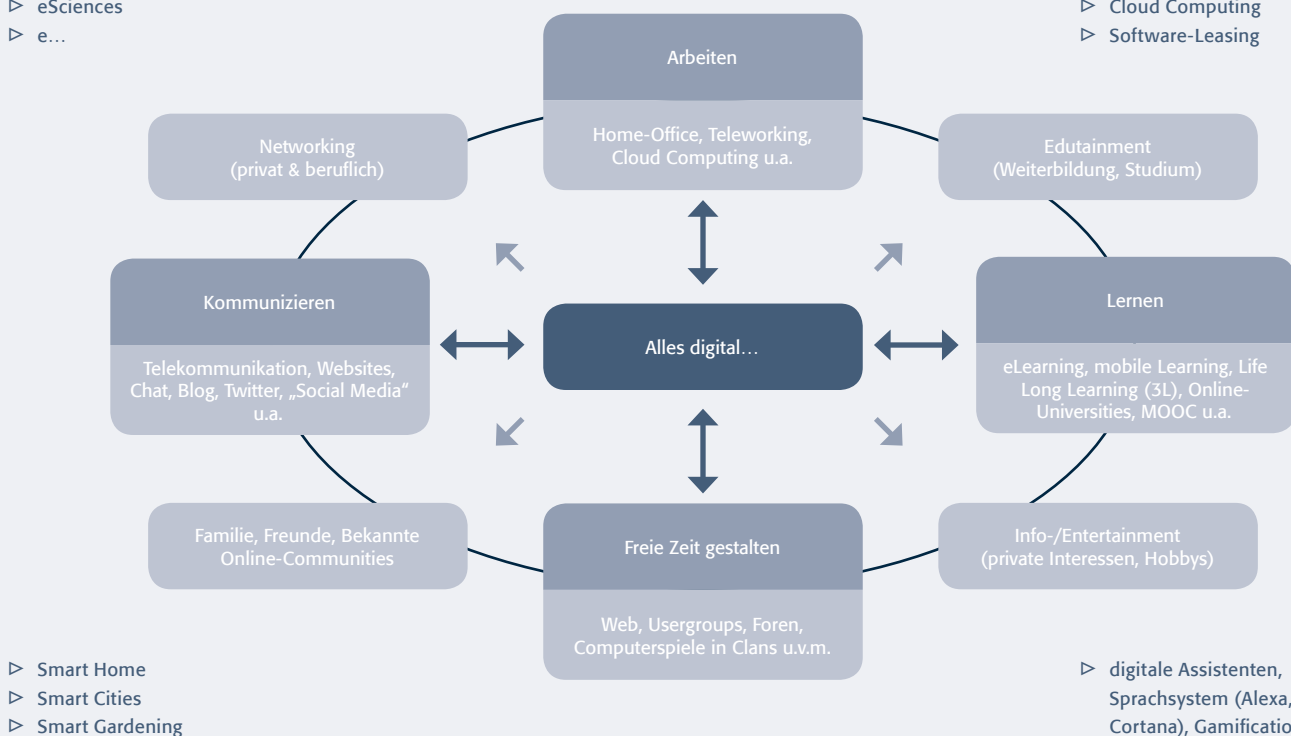
Befremdlich ist dabei, dass solche Erlösungs- und Heilsversprechen der »Hohepriester der Tech-Sekten aus Kalifornien« (FAZ vom 12.10.2016, S. 1) geglaubt und mit Fantasiewerten an den Börsen finanziert werden. Die tatsächliche Entwicklung hat eine ganz andere Richtung genommen: Das Netz ist eine technische Infrastruktur zur Kontrolle der Nutzer. Die Digitalisierung aller Lebensbereiche dient nicht den Interessen der Menschen, sondern wenigen Digitalmonopolen. Mit dem »Internet der Dinge« wird eine technische Infrastruktur zur vollständigen Überwachung, Kontrolle und Steuerung jedes einzelnen Bürgers etabliert. Alle Lebensbereiche und (Konsum-)Güter vom Auto bis zur Zahnbürste werden mit Chips und Sensoren ausgerüstet, die permanent Daten in die Cloud senden.

DIGITALTECHNIK FÜR ALLE LEBENSBEREICHE

Abbildung 1: Digitaltechnik für alle Lebensbereiche (Original S. 14, Grafik II)

- ▷ eGovernment
- ▷ eHealth
- ▷ eSciences
- ▷ e...

- ▷ Big Data Mining (neu: Data Sciences)
- ▷ Cloud Computing
- ▷ Software-Leasing



(Eigene Darstellung)

Der Glaube an die Allmacht des technisch Machbaren und wohl auch die Faszination, mit ein paar (zehn)tausend Zeilen Code global wirkmächtig zu werden, setzt die Digitaltechnik mit dem Göttlichen gleich, dem »Deus digitalis«. Es sind Goldrausch-Zeiten, die vielen die Sinne vernebeln. Übrigens auch den Plakatgestaltern, die eine Kampagne für das BMBF entwickelt haben.

Mantra und Mission der Digitalisten ist offiziell immer noch die Verbesserung der Welt durch Software. Aber das darf getrost als Schutzbehauptung und auch da nur für besonders naive Idealisten gelten. Digitaltechnik war und ist primär Militärtechnik, bevor einzelne Technologien in den Consumer-Markt diffundierten. Auch das Internet war zunächst eine Kommunikationstechnik des Militärs – und ist von der Struktur her ein typisches »Dual-Use«-Produkt. Solche Produkte und Techniken können militärisch wie zivil genutzt werden. Der Medienwissenschaftler Friedrich Kittler formulierte bereits 1995 – also noch vor dem ersten Internethype – im Gespräch mit Paul Virilio:

»Ich kann nur sagen, der Computer ist nicht erfunden worden, um den Menschen zu helfen. In Wahrheit sind beide, Atombombe und Computer, Produkte des zweiten Weltkriegs. Kein Mensch hat sie bestellt, sondern die militärische und strategische Situation des zweiten Weltkriegs hat sie notwendig gemacht. Es waren von vornherein keine Kommunikationsmittel, sondern Mittel des totalen Kriegs, die jetzt als spinoff in die Bevölkerung hineingestreut werden« (Kittler 2002, S. 136 f.)

Dieser »spin off« scheint viel gefährlicher, als selbst Experten und Dys-topisten bisher annahmen. Die Enthüllungen über die CIA und das Hacken von Consumer-Geräten wie Samsung-Fernsehern und Smartphone sind nur ein paar Beispiele.

GLIEDERUNG DES BUCHES

Das Buch ist in sechs Kapitel gegliedert. Das erste Kapitel analysiert

die aktuelle Diskussion über digitale Medien im Unterricht sowie über den Digitalpakt & Co. Hier werden die verschiedenen Konzepte und Modelle beschrieben, die sich Techniker und Informatiker für die Automatisierung und Standardisierung von Unterricht, Lehren und Lernen ausgedacht und in immer neuen Feldversuchen an Schülerinnen und Schülern ausprobiert haben. Aufgezeigt wird auch, wie Menschen (mit und ohne Medientechnik) lernen. Denn es geht in der aktuellen Diskussion ja nicht darum, dass Lehrkräfte moderne, heute eben digitale Unterrichtsmedien nach pädagogischen Prämissen einsetzen. Das wäre ein technisches Update. Ziel ist die Automatisierung von Unterricht. Aus öffentlichen Schulen werden digitale Lernfabriken, in denen die Kinder und Jugendlichen mit Software wie »Knewton« (Ferreira) oder der »Talking Method« (Breithaupt) zugerichtet werden. Und es geht um Märkte.

Das zweite Kapitel beschreibt die technische Entwicklung von Computer und Internet im Kontext der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Theorien. Das Ziel ist, die Funktionsweise und Bedeutung der Rechner, Netzwerke und des heutigen World Wide Web sowie die politischen Bezüge zu verstehen, auch mit dem Gefährdungspotenzial durch gehackte Daten und dem »Internet der Dinge«. Denn die angeblich so neuen Medien beruhen auf alter (Militär-)Technik und noch älteren Konzepten. Hier erhalten Nichtinformatiker eine Vorstellung davon, wie sich Web und App, Cloud Computing und Big Data Mining auf bürgerliche, demokratische und humane Gesellschaften auswirken (können). Denn es sind mehr als »smarte Telefone«. Es sind allgegenwärtige Geräte, die das Leben angenehm und bequem machen, um ganz nebenbei zu Kontroll- und Steuerungsinstrumenten zu werden.

Das dritte Kapitel thematisiert Medien im Unterricht. Es beschreibt sowohl die Potenziale als auch die Probleme, wenn man etwa die Methoden des Entertainments (Unterhaltung) zum Edutainment (unterhaltsames Unterrichten) machen will. Wenn dazu Digitaltechnik mit einem permanenten Rückkanal eingesetzt wird, erweist sich das ganze

DEUS DIGITALIS

Abbildung 2: Deus digitalis (Original S. 15, Grafik III)



(Eigene Darstellung)



Neue Medien im Unterricht

schnell als zweischneidiges Schwert: »Big Brother is teaching and scanning you«.

Im vierten Kapitel steht die Frage im Mittelpunkt, um was es bei der Digitalisierung von Bildungseinrichtungen wirklich geht, wenn man die Marketingfloskeln beiseitelässt. Zudem geht es um Themen wie »Kompetenzorientierung« und Lebenslanges Lernen vor dem Hintergrund des Dreiklangs aus »Automatisierung – Digitalisierung – Kontrolle«. Auch die »künstliche Intelligenz« wird angesprochen, wenn auch »nur« aus dem Blickwinkel pädagogischer Relevanz.

Das fünfte Kapitel schaut auf die Statistiken und Zahlen. Ist Deutschland wirklich ein »digitales Entwicklungsland«? Mit einer Mehrzahl an »digitalen Analphabeten«? Zugleich wird ein Blick auf die realen Kosten und Projekte wie BYOD (»Bring Your Own Device«) geworfen.

Das sechste und letzte Kapitel bietet Alternativen und konkrete Handlungsoptionen auf ideeller, praktischer und technischer Ebene an. Denn so wenig Medien und Medientechnik im Unterricht Selbstzweck sind, so wenig ist die Digitalisierung alternativlos oder nur in der von Digitalmonopolisten und ihren Propagandisten gewünschten Art und Weise zu nutzen. Menschen sind nicht nur intelligent. In repressiven Systemen agieren sie auch subversiv und unterlaufen technische Kontrollstrukturen. »IT neu denken« heißt die Devise. Wir müssen alternative Strukturen aufbauen, mit denen Bürger in demokratischen Staaten ohne Kontrolle arbeiten und kommunizieren können.

Im Anhang finden Sie Einstiegsadressen für das Web, von denen aus man weiter recherchieren und Material für Eltern oder Schulen herunterladen kann, nicht zu vergessen eine Liste mit Quellen und Literaturangaben. Und da nicht alles im Buch Platz gefunden hat, finden Sie weiteres Material auf der Website »futur-iii.de«.

Vielleicht bringt dieses Buch Sie dazu, über Ihr Verhalten im Umgang mit digitalen Geräten und Diensten einmal anders herum zu denken. Mit ziemlicher Sicherheit werden Sie die Themen »Kinder

und Digitaltechnik« bzw. »Digitaltechnik im Unterricht« differenzierter betrachten und diskutieren können. Dabei ist nicht entscheidend, ob Sie die hier vertretenen Positionen teilen oder nicht. Vielmehr geht es darum, sich damit auseinanderzusetzen, dass es neben der Digitaleuphorie und der Behauptung der Alternativlosigkeit von Digitaltechnik andere Optionen des Denkens und konkrete Spielräume des Handelns gibt, für jede und jeden Einzelne(n) von uns.

Das Konzept muss stimmen

Bildungsministerin Johanna Wanka im Interview

Die digitale Ausstattung an Schulen ist in Deutschland noch lange nicht ausreichend. Mit fünf Milliarden Euro will Bildungsministerin Johanna Wanka das nun ändern. Aber: Ohne schlüssiges Konzept der Länder kein Geld vom Bund. Ein Interview von Tina Sprung.

Autor: **Tina Sprung** • Foto: **Bundesministerium für Bildung und Forschung**



Johanna Wanka, Bildungsministerin

Fünf Milliarden Euro will der Bund in den nächsten fünf Jahren in die Digitalisierung der Schulen investieren. Nach welchen Kriterien verteilen Sie das Geld an Schulen?

Wanka: Wir sind noch im Januar in die Gespräche mit den Ländern eingestiegen und wollen eine entsprechende Bund-Länder-Vereinbarung erarbeiten. Dabei wird auch die Frage der Kriterien für die Verteilung der Mittel aufgerufen. Dem kann ich natürlich nicht vorweggreifen. Aber für den Bund ist klar, dass es kein Geld ohne schlüssiges Konzept geben kann. Wir verfolgen daher mit dem „DigitalPakt#D“ einen strategischen Ansatz: Es geht nicht darum, Schulen mit digitalen Endgeräten zu überschwemmen. Wir wollen keine Investitionsruinen, die immer dann entstehen, wenn Ausstattung, Konzept und Lernkultur nicht zueinander passen. Es geht mir um nachhaltige und strukturbildende Maßnahmen, digitale Technik als Teil pädagogischen Handelns.

Was versprechen Sie sich von dem Digitalpakt „DigitalPakt#D“?

Die Bildungspolitik steht vor der Aufgabe, den Menschen das Rüstzeug für das Handeln in der digital geprägten Welt mitzugeben und sie auf die Anforderungen der Arbeitswelt gut vorzubereiten. Dazu bedarf es einer digitalen Bildung. Das bedeutet einerseits digitale Kompetenzen zu vermitteln, also die Fähigkeit zur fachkundigen und verantwortungsvollen Nutzung digitaler Medien. Zum anderen beinhaltet digitale Bildung das Lernen mit digitalen Medien. Die Schule ist dafür zentral, weil hier die Grundlagen für die ganze Bildungskarriere gelegt werden. Deshalb müssen die Schulen deutschlandweit schnell in die Lage versetzt werden, digitale Bildung zu vermitteln. Mit dem „DigitalPakt#D“ könnten Bund und Länder dies mit vereinten Kräften tun.

Was bringt es, wenn Schulen mit Whiteboards und Laptops ausgestattet sind, die Lehrkräfte die Medien aber nicht nutzen (können)?

Technik und Ausstattung sind kein Selbstzweck, es gilt das Primat der Pädagogik. Beides muss aber zusammengedacht werden. Mit meinem Vorschlag des „DigitalPakt#D“ werden wir das auch so angehen: Der Bund fördert die Ausstattung mit digitaler Infrastruktur und im Gegenzug verpflichten sich die Länder, digitale Bildung zu realisieren, also die entsprechenden pädagogischen Konzepte umzusetzen und

insbesondere auch die Lehrerbildung anzupassen. Alle Experten sind sich einig, dass gut ausgebildete und digital kompetente Lehrerinnen und Lehrer das A und O für gute digitale Bildung in der Schule sind. Deshalb finde ich es auch so wichtig, dass Bund und Länder bei diesem entscheidenden Thema Hand in Hand arbeiten. Und aus diesem Grund ist die Anpassung der Lehreraus- und -fortbildung eines der Kernelemente unseres Paktes.

Wie kann das Bildungsministerium sicherstellen, dass das gelingt?

Die Grundidee des „DigitalPakt#D“ ist es, dass Bund und Länder gemeinsam an einem Strang ziehen, damit in den Schulen gute digitale Bildung stattfinden kann. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir das zügig vereinbaren werden: Die Länder haben genauso wie der Bund ein Interesse, die Schulen fit für das digitale Zeitalter zu machen. Und sie haben sich mit ihrer Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ explizit zum Ziel gesetzt, digitale Bildung in der Schule zu realisieren, inklusive der Lehrerbildung und der pädagogischen Konzepte.

Die Kultusministerkonferenz hat in ihrem Strategiepapier „Bildung in der digitalen Welt“ fünf Handlungsfelder festgelegt:

1. Die Länder verankern in den Bildungsplänen die digitale Medienkompetenz als Bildungsziel.
2. Bund und Länder bauen gemeinsam eine digitale Infrastruktur auf.
3. Die Länder sollen genügend Aus- und Fortbildungsprogramme für Lehrkräfte erarbeiten. Die rechtlichen Fragen klären Bund und Länder gemeinsam.
4. Die Länder arbeiten mit Software-Entwicklern und Schulbuchverlagen für geeignete Lernprogramme besser zusammen.
5. Schulverwaltungssoftware und Lernplattformen sollen besser miteinander verbunden werden.

DIESER BEITRAG WURDE ZUERST VERÖFFENTLICHT IN:

didactaDIGITAL – Aktuelles rund ums Lehren & Lernen mit neuen Technologien, Ausgabe 1/2017 www.didacta-magazin.de

SCHULENTWICKLUNG UND SCHULEITUNG IN DER DIGITAL GEPRÄGTEN GESELLSCHAFT

Ideen für die Forschung und Qualifizierung

Autoren: **Daniel Neubauer, Britta Ratajczak (DAPF)**

Unsere Gesellschaft befindet sich im Wandel. Oft stößt man auf den Begriff Arbeitswelt 4.0. Dahinter verbirgt sich eine Arbeitswelt, die immer schneller, digitaler und flexibler wird (BMAS, 2017). Der technische Fortschritt trägt in hohem Maße dazu bei, dass sich Arbeitsprozesse und Berufsbilder verändern, wodurch sich auch die Qualifikationsbedarfe der Beschäftigten verändern. Durch die Digitalisierung wird insbesondere die digital literacy immer wichtiger.

Sie umfasst „[...] Kenntnisse und Kompetenzen, die im Umgang mit neuen technischen Geräten und den damit gebildeten Informations- und Kommunikationsnetzwerken benötigt werden“ (BMAS, 2017). Nicht nur im Berufsleben werden zunehmend digitale Kompetenzen gefordert, sondern auch privat. In Nordrhein-Westfalen und einigen anderen Bundesländern hat man die Notwendigkeit erkannt, dass das Bildungssystem auf den gesellschaftlichen Wandel reagieren muss: „Das Bildungssystem muss hierfür die notwendigen Voraussetzungen schaffen und damit Teilhabe und Mündigkeit für alle Heranwachsenden sowie besonders Chancengerechtigkeit für jedes einzelne Kind ermöglichen“ (MSW et al., 2016).

Schule hat die wichtige Funktion, Kinder und Jugendliche auf die zunehmend digital geprägte und mediatisierte Gesellschaft vorzubereiten. Die Diskussion um das Lehren und Lernen mit neuen Medien reicht von euphorischen Positionen, die von einer langfristigen Verdrängung traditioneller Unter-

richtskonzepte ausgehen (z. B. Khan, 2013), bis hin zu kritischen Positionen, die eine Beschränkung digitaler Medien in der Schule, zum Teil sogar eine Medienabstinenz bis ins späte Jugendalter fordern (z.B. Spitzer, 2012). Kinder und Jugendliche können jedoch nur vor den Gefahren durch neue Medien geschützt werden, wenn sie frühzeitig lernen, diese kompetent zu nutzen und deren Gefahren und Chancen kennen. Daneben müssen Schulen sich öffnen und Kreativität bei der Etablierung neuer Lehr- und Lern(platt)formen aufbringen, wenn sie überleben möchten (Burow, 2014).

Die Integration digitaler Medien in den Schulalltag stellt somit eine neue Herausforderung für den gesamten Schulentwicklungsprozess dar und betrifft sowohl Lehrpersonen als auch Schulleiterinnen und Schulleiter. Hier geht es nicht nur darum, bisherige Handlungspraxen durch digitale Medien zu ersetzen (z.B. Tablets statt Schulbücher), sondern diese in ihrer gesamten Komplexität zu begreifen. Dabei spielen die Schulleitungen eine beson-

dere Rolle, die bisher kaum bekannt und gar nicht erforscht ist. Schiefner-Rohs (2016) stellt erste Überlegungen an, welche Rolle digitale Medien innerhalb konkreter Themen- und Aufgabenfelder des Schulleitungshandelns einnehmen können. Im Folgenden werden diese bezüglich der Organisations-, Personal- und Unterrichtsentwicklung skizziert.

ORGANISATIONSENTWICKLUNG

Für die Organisationsentwicklung empfiehlt sich zunächst, dass die Schulleitung eine innovationsfördernde Atmosphäre schafft, Visionen vorlebt und eine Vorbildfunktion übernimmt. Im Zuge der Organisationsgestaltung muss zunächst festgelegt werden, welchen Stellenwert digitale Medien in der Schule einnehmen und wie sie in die Schulkultur eingewoben werden können (z.B. im Leitbild). Die Aufbauorganisation der Schule verändert sich ebenfalls. Neben der technischen Infrastruktur der Schule sind hier auch rechtliche

Rahmenbedingungen (Daten- und Jugendschutz, Urheberrecht) sowie die Zuständigkeitsregelungen für das IT-Management zu berücksichtigen. Zudem ergeben sich durch die Nutzung digitaler Medien neue Chancen für schulinternes Wissensmanagement und Kommunikationsprozesse.

PERSONALENTWICKLUNG

Die Etablierung einer neuen Lern- und Arbeitskultur sollte mit allen Beteiligten, insbesondere mit den Lehrkräften, erfolgen (z.B. durch Mitarbeitergespräche und Zielvereinbarungen). Durch den Stellenwert digitaler Medien ergeben sich möglicherweise neue Anforderungen an die Kompetenzen von Lehrkräften. Es ist zu überlegen, wie sich die Personalentwicklung an Medienentwicklungen anpassen kann und ob sich hier neue Chancen für Fortbildungsmöglichkeiten ergeben (z.B. durch E-Portfolios).

UNTERRICHTSENTWICKLUNG

In Deutschland ist die Diskussion über digitale Unterrichtskonzepte immer noch technikdominiert. Die pädagogische Anwendung ist weitgehend eine „Black Box“. Schulträger, Kollegien und Eltern diskutieren über die Wahl des richtigen Endgerätes, über lokale Serverlösungen, etc. Im pädagogischen Bereich, der Individualisierung zum Ziel hat, dominieren allerdings immer noch einheitliche technische Lösungen.

Auf Ausstattung fokussierte Medienentwicklungspläne, die Zyklen von fünf Jahren folgen, sind wenig geeignet, die Digitalisierung in Schulen voranzutreiben, geschweige denn den Unterricht zu verändern. Digitalisierung im Unterricht darf keine Frage der Technik bleiben, Unterrichtsentwicklung mit digitalen Medien muss bei den Haltungen der Akteure ansetzen: Lehrerinnen und Lehrer müssen überzeugt und mitgenommen werden, indem man die Potentiale sowohl für die Gestaltung von Lernprozessen als auch für die Kooperation im Kollegium aufzeigt. Derartige Überzeugungsarbeit fällt in einen neuen Zuständigkeitsbereich für Führungskräfte von der Leitung einer Schule bis zum Fachkonferenzvorsitz. Zentrales Anliegen des Schulmanagements muss es künftig sein, an den Erfahrungen und medialen Kompetenzen der Lehrerinnen und Lehrer im Umgang mit Medien anzuknüpfen und Digitalisierung zur Veränderung der Unterrichtskultur ins Zentrum der pädagogischen Schulentwicklung zu rücken.

Es geht längst nicht mehr um die Auswahl des „richtigen“ Endgerätes, sondern um die Frage, mit welchen webbasierten Anwendungen und auf welchen Plattformen sich Lernen mit digitalen Medien pädagogisch

und fachlich gewinnbringend umsetzen lässt. Für Schulleitungen empfiehlt sich daher das Motto: „Pädagogik vor Technik“. Es ist Aufgabe der Unterrichtsentwicklung, die didaktischen Potentiale digitaler Medien zu nutzen, um die Lernprozesse der Schülerinnen und Schüler zu verbessern. Hierzu müssen neue Unterrichtskonzepte entwickelt und erprobt werden.

PERSPEKTIVEN FÜR FORSCHUNG UND QUALIFIZIERUNG

Da zu erwarten ist, dass sich das Lernen im Rahmen der Digitalisierung verändern wird, ist es an der Zeit zu erforschen, wie Lehrende und Lernende bei der Umsetzung zum erfolgreichen Unterrichten und Lernen unterstützt werden können. Perspektiven aufzuzeigen, wie sie die Potentiale digitaler Medien gewinnbringend einsetzen können, ist ein großes Thema für die wissenschaftliche Weiterbildung. Für die Lehrkräfte sind Lehrgänge bereits geplant oder sogar schon im Anlaufen, für die Schulleitungen gibt es bisher nur wenige Weiterbildungsangebote.

Aus den genannten Überlegungen ergeben sich folgende Fragen:

- ▷ Wie kann es Führungskräften gelingen, digitale Medien in die Lern- und Arbeitsumgebung von Schulen gewinnbringend zu implementieren, sodass damit Unterrichtskultur und die Kooperation in professionellen Lerngemeinschaften nachhaltig gefördert werden?
- ▷ Wie kann digitale Unterrichtsentwicklung in kommunalen und regionalen Netzwerken gelingen?
- ▷ Wie können digitale Systeme einen Beitrag zur datengestützten Schul- und Unterrichtsentwicklung leisten?
- ▷ Wie verbindet man deutsche Vorstellung von Bildung und Pädagogik mit der Vision, Schule im digitalen Zeitalter zu revolutionieren und das Lehren und Lernen grundsätzlich zu verändern, so dass man seine eigenen Wertvorstellungen nicht verleugnet und unsere Kinder dennoch auf die (Berufs-)Welt des 21. Jahrhunderts vorbereitet?

Wir können an dieser Stelle (noch) keine Forschungsergebnisse vorlegen, wie es diese Rubrik eigentlich verlangt. Dennoch können wir, wie gerade geschehen, die wichtigsten Forschungsfragen aufwerfen und Qualifizierungskurse pilotieren, wie es die Deutsche Akademie für Pädagogische Führungskräfte (DAPF) gerade mit dem Zertifikatskurs „Digital Learning Leadership“ praktiziert.

WEITERE INFORMATIONEN ZUM ZERTIFIKATSKURS FINDEN SIE UNTER:

www.zhb.tu-dortmund.de/dll

Zu den Autoren:

Britta Ratajczak (M.A. Erziehungswissenschaft) und **Daniel Neubauer** (M.A. Erziehungswissenschaft) sind Wissenschaftliche Mitarbeitende an der Deutschen Akademie für Pädagogische Führungskräfte. (www.dapf.tu-dortmund.de).

Literatur:

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017). *Weißbuch Arbeiten 4.0*. Berlin. (online unter: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a883-weissbuch.pdf?sessionid=78BF6C056046614233A-913BD1A55EFD?__blob=publicationFile&v=9; letzter Aufruf 6.9.2017)

Buraw, O.-A. (2014). *Digitale Dividende: Ein pädagogisches Update für mehr Lernfreude und Kreativität in der Schule*. Weinheim: Beltz.

Khan, S. (2013). *Die Khan-Academy. Die Revolution für die Schule von morgen*. München: Riemann.

Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen et al. (2016). *Gemeinsame Erklärung der Landesregierung, des Städtetages NRW, des Landkreistages NRW und des Städte und Gemeindebundes NRW zur Umsetzung des Programms ‚Gute Schule 2020‘*. (online unter: https://www.schulministerium.nrw.de/docs/bp/Ministerium/Presse/Pressekonferenzen/Archiv/2016/2016_12_20-Umsetzung-GuteSchule2020/02c-Gemeinsame-Erklärung.pdf; letzter Aufruf 6.9.2017)

Schiefner-Rohs, M. (2016). *Schulleitung in der digital geprägten Gesellschaft*. In H. Buchen & H.-G. Rolff (Hrsg.): *Professionswissen Schulleitung*. 4. Aufl. (S. 1402-1419). Weinheim: Beltz.

Spitzer, M. (2012). *Digitale Demenz*. Stuttgart: Droemer.

WEITERBILDUNGS-MASTER „SYSTEMENTWICKLUNG INKLUSION (M.A.)“

An der EH Darmstadt

Inklusion und Integration sind aktuell intensiv diskutierte Begriffe. Inklusion als Menschenrecht ist durch die Behindertenrechtskonvention 2006 für die Dimension Behinderung als Anspruch auf die Einbeziehung aller Menschen in alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens völkerrechtlich abgesichert worden.

Inklusion und Integration sind aktuell intensiv diskutierte Begriffe. Inklusion als Menschenrecht ist durch die Behindertenrechtskonvention 2006 für die Dimension Behinderung als Anspruch auf die Einbeziehung aller Menschen in alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens völkerrechtlich abgesichert worden.

Dieser Anspruch aus den Allgemeinen Menschenrechten gilt für alle Diversitätsdimensionen und fordert die Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft, in der alle Menschen, die von Exklusion und Benachteiligung bedroht oder betroffen sind, wie Migranten, Menschen mit Beeinträchtigung, ältere Menschen, Menschen in Armutssituationen u.a. als aktive, gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft mitbedacht werden. Das Flüchtlingsphänomen der letzten Jahre lässt die dringende Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels in der Gestaltung der Organisationen in allen gesellschaftlichen Bereichen noch deutlicher erkennen und stellt die Verantwortlichen vor starke Herausforderungen.

Die Frage ist, wie Organisationen als Systeme verändert oder geschaffen werden können, so dass die individuelle Gewährleistung strukturell gegeben ist.

AKADEMISCHE WEITERBILDUNG VERBINDET INKLUSION UND ORGANISATIONSENTWICKLUNG

Vor diesem Hintergrund startete an der Evangelischen Hochschule Darmstadt im Wintersemester 2014/15 ein von der Max-Träger-Stiftung geförderter, innovativer, berufsbegleitender Studiengang mit dem Schwerpunkt inklusive Entwicklung von Organisationen.

Der Weiterbildungs-Master „Systementwicklung Inklusion“ setzt sich zum Ziel, die AbsolventInnen in fünf Semestern zu befähigen, inklusive Entwicklungen auf der Systemebene zu initiieren, zu gestalten und zu begleiten.

Der Studiengang richtet sich an Professionelle aus unterschiedlichen Bereichen, z.B. Diensten und Einrichtungen des Bildungs- Sozial- und Gesundheitswesens in öffentlicher oder privater Trägerschaft, der öffentlichen Verwaltung, Verbänden, Politik u.a.m., die eine Qualifikation für inklusive Prozessgestaltung anstreben, sich evtl. auf eine koordinierende, begleitende oder leitende Funktion vorbereiten wollen oder bereits eine Führungsfunktion in ihrer Organisation inne haben.

Der Master berechtigt zur Promotion und eröffnet den Zugang zum höheren Dienst.

INHALTE:

Der Studiengang ist in 11 Lehr- und Lerneinheiten (Modulen) gegliedert:

- ▷ M1 Begründungszusammenhänge von Inklusion
- ▷ M2 Theorie gesellschaftlicher Institutionen in Bezug auf In- und Exklusion
- ▷ M3 Lebenslagen und Exklusionsrisiken
- ▷ M4 Schutz- und Teilhaberecht
- ▷ M5 Von den Rechten zur institutionellen Gewährleistung
- ▷ M6 Organisationsentwicklung und Change Management als Instrumente inklusiver Veränderungsprozesse
- ▷ M7 Instrumente zur inklusionszentrierten Strategieentwicklung
- ▷ M8 Beratung in inklusiven Settings
- ▷ M9 Konzeption von Persönlichkeit
- ▷ M10 Reflexion über eigene Haltungen, Werte, Weltanschauungen und individuelle Befähigungsstrategien
- ▷ M11 Forschungsmethoden in inklusiven Settings und Master-Thesis

ANMELDESCHLUSS:

Alle Informationen zum Bewerbungsprozess finden Sie unter:
<https://www.eh-darmstadt.de/studiengaenge/systementwicklung-inklusion/bewerbung/>

KOSTEN:

Der berufsbegleitende Masterstudiengang „Systementwicklung Inklusion“ ist gebührenpflichtig. Die Studiengebühren betragen 9800 €, die in fünf Semester-Raten zahlbar sind.

Hinzu kommen:

- ▷ eine einmalige Immatrikulationsgebühr von 300 €
- ▷ eine einmalige Prüfungsgebühr in Höhe von 350 €
- ▷ sowie ein AStA-Beitrag inkl. Semesterticket von zur Zeit 168,50 € pro Semester.

Das Semesterticket berechtigt zur freien Fahrt im gesamten Tarifgebiet des Rhein-Main Verkehrsverbundes (RMV+VRN+NVV+IC). Bei auswärtigen Seminaren entstehen zusätzliche Kosten für Übernachtung und Verpflegung.



-HAWU-

Dr. Helmut Lungershausen präsentiert – pointiert aufbereitet –
seine Perspektive auf den Schulleitungsalltag ...

IMPRESSUM: B:SL – BERUF : SCHULLEITUNG
ISSN NR. 977-1865-3391

HERAUSGEBER:

ASD Allgemeiner Schulleitungsverband Deutschlands e. V.

VORSITZENDE:

Gudrun Wolters-Vogeler

Wissenschaftliche Begleitung: Prof. Dr. Stephan Huber

VERLAG:

CITA Unternehmersgesellschaft

Christinenstr. 5

10119 Berlin

Tel.: (030) 577 00 546

Fax: (030) 577 00 862

E-Mail: info@beruf-schulleitung.de

REDAKTION:

Nele Klockmann

Michael Smosarski (V.i.S.d.P. für den Mantelteil des Magazins)

ANZEIGEN:

Marketing Services Gärtner

Henry Gärtner

Orffstraße 5

41564 Kaarst

Tel.: (0 21 31) 742 32 33,

Fax: (0 21 31) 742 32 33

E-Mail: anzeigen@beruf-schulleitung.de

www.beruf-schulleitung.de

BEZUGSPREISE:

Einzelheft 5,60 €; zzgl. 1,45 € Versandkosten.

Jahresvorzugspreis: 19,20 € (inkl. Versandkosten) jeweils inkl. Mwst.

Informationen für Schulleitungen



**Frank Hilbig: Schule leiten von A bis Z.
Widerstände und Konflikte angehen.**

Erschienen bei Cornelsen (Berlin) 2016. ISBN
978-3-589-15846-1. 127 Seiten. EUR 18,50.

SCHNELLE HILFE ZWISCHENDURCH

Die Reihe „Schule leiten von A bis Z“ liefert sofort anwendbares Praxiswissen und Tipps für den Alltag von SchulleiterInnen. In kompakter Form wird in diesem Band das Thema Widerstände und Konflikte angehen übersichtlich und präzise erläutert. Wie können SchulleiterInnen Ängste abbauen, Grenzen setzen und mit Widerständen sicher umgehen? Wie kann Schulleitung Konfliktbearbeitung als Teil professioneller Zusammenarbeit einfordern? Die Suche nach Antworten auf diese Fragen hat beim Blick in das praktische Buch ein Ende. Der Band unterstützt SchulleiterInnen dabei, ihre eigene Rolle klar zu sehen und sich in Bezug auf die Konflikte in ihrer Schule kompetent zu positionieren. Einen breiten Raum nimmt die Struktur gelingender Konfliktgespräche ein, der folgend herausgearbeitet werden kann, worin der eigentliche Dissens besteht. Das Buch ersetzt zwar kein Gesprächstraining, gibt aber als Nachschlagemöglichkeit anhand konkreter Beispiele Einblicke in die Struktur der verschiedenen Gesprächstypen und illustriert nützliche Vorbereitungsstrategien auf die jeweiligen Gespräche.

Anzeige

Schulischem Vandalismus begegnen



Das neue Buch
vom Autor der
Kolumne!

Günther Hoegg
Vandalismus in der Schule.
Verstehen und eindämmen.
2017. 152 Seiten, € 19,95
ISBN 978-3-407-63037-7
Auch als **E-Book** erhältlich

Vandalismus in Schulen ist ein nicht zu unterschätzendes Problem. Der Autor versetzt sich in vandalisierende Schüler hinein und macht deren Motive sichtbar. Denn nur, wenn man die Beweggründe durchschaut, sind wirksame Gegenmaßnahmen möglich. Die Gegenmaßnahmen reichen von der architektonischen Gestaltung der Schule über eine verstärkte personelle Kontrolle, verschärfte Strafen bis hin zu dem Ansatz, eine größere Identifikation mit der Schule zu erreichen.

EIN ZERKRATZTER SCHULTISCH UND SEINE FOLGEN

Welche rechtlichen Möglichkeiten haben Schulen, um auf Vandalismus zu reagieren?

Eine ganze Menge.

Falls es an Ihrer Schule keinen Vandalismus gibt, sollten Sie die Kolumne überschlagen und erfreulichere Artikel lesen. Falls jedoch auch bei Ihnen Schuleigentum beschädigt wird, ist es hilfreich, als Schulleitung alle rechtlichen Reaktionsmöglichkeiten zu kennen.

Um Ihnen diese rechtlichen Reaktionsmöglichkeiten zu erläutern, brauchen wir 2 vandalistisch veranlagte Schüler, einen der 10 Jahre und einen, der 15 Jahre alt ist. Beide haben das tief sitzende Verlangen, sich in der Schule zu verewigen: In einer unbeobachteten Unterrichtsphase ritzen sie mit einer Zirkelspitze die Worte „Das ist mein Tisch!“ in die Platte. Dieses eindringliche Vorgehen wählen sie, damit sich ihr Schriftzug nicht einfach mit etwas Lösungsmittel wieder entfernen lässt. Damit begehen sie eine schwerere Sachbeschädigung als beim einfachen Beschreiben, was schärfere Reaktionen legitimiert. Beide Schüler werden in flagranti von den unterrichtenden Lehrkräften erwischt, und diese bitten Sie um Vorschläge für das weitere Vorgehen.

Lassen Sie uns die bestehenden Möglichkeiten durchgehen, indem wir mit dem 10-jährigen Tischritzer anfangen:

1. Sobald ein Schüler eingeschult ist, können Sie mit **schulrechtlichen Maßnahmen** (Erziehungsmitteln, Ordnungsmaßnahmen) auf ihn einwirken, und zwar unabhängig von anderen juristischen Reaktionen. Damit können Verstöße von Schülern vom ersten Tag der Grundschule bis zum letzten Tag der Berufsschule mit schulrechtlichen Maßnahmen geahndet werden. Das weiß vermutlich jede Lehrkraft.

2. Kaum bekannt ist die enorme Bedeutung des 7. Geburtstages, im BGB als „Vollendung des 7. Lebensjahres“ bezeichnet. Ab diesem Alter sind Kinder „deliktstfähig“ (§ 828 BGB) und haften finanziell für Schäden, die sie angerichtet haben. Unser 10-jähriger Vandal ist folglich verpflichtet, **Schadensersatz** (§ 823 BGB) für den beschädigten Tisch (ca. 200.-€) zu leisten. Wenn er das nicht kann, weil er nur sein Taschengeld bekommt, dann haften nicht die Eltern, wie viele Kollegen fälschlich meinen. Auch das Schild an der Baustelle „Eltern haften für ihre Kinder“ ist nur eine leere Drohung. Die Eltern **können**

für ihr Kind zahlen, müssen aber nicht. Es soll Schulleitungen geben, die trotzdem auf das Schild an der Baustelle verweisen – und damit Erfolg haben. Sollten die Eltern nicht für ihr Kind einspringen, dann bleibt die Forderung auf Schadensersatz gegen den Schüler 30 Jahre lang bestehen – und wird während dieser Zeit verzinst.

Als ich oben sagte, es würde „Schuleigentum“ beschädigt, war das nicht ganz korrekt, weil der Tisch nicht der Schule, sondern dem Schulträger gehört. Sein Eigentum wird beschädigt, und an ihm ist es, **Schadensersatz** für den beschädigten Tisch zu fordern. Falls

ihn wegen des zerkratzten Tisches nicht ins Gefängnis stecken, aber folgende Konsequenzen sind wahrscheinlich: Entweder Ableistung einiger Sozialstunden oder Zahlung einer Geldbuße an eine gemeinnützige Institution. Ich höre schon die Kollegen entgegnen, die Konsequenzen des Jugendstrafrechts seien doch viel zu milde, um nachhaltig zu wirken. Das stimmt, sofern man diese isoliert sieht. Aber daneben wirken ja noch die schulrechtliche Maßnahme und – nicht zu vergessen – der Schadensersatz. Und die Schule ist mit ihren möglichen Reaktionen noch nicht am Ende.

4. Damit kommen wir zum **Bußgeld**, das der Schulträger verhängen kann. Diese Variante überascht viele Kollegen, aber sie ist problemlos möglich. In etlichen anderen Bereichen werden ständig Bußgelder verhängt. Wer mit dem Auto zu schnell fährt, der zahlt ein Bußgeld. Wer seinen Müll illegal entsorgt,

der zahlt ein Bußgeld. Und wenn ein 15-jähriger Schüler bei der alljährlichen Fahrradkontrolle im Herbst ohne funktionierende Beleuchtung erwischt wird, dann muss auch er ein Bußgeld zahlen.

Die Stadt kann also nicht nur finanziellen Ersatz für entstandene Schäden fordern, sondern sie hat sogar die Möglichkeit, Geldbußen zu verhängen, um ihre Bürger zum korrekten Verhalten anzuhalten. Dafür sind jedoch zwei Voraussetzungen erforderlich: Der Betreffende muss strafmündig sein und über ein Einkommen verfügen. Und man glaubt es kaum: Das Taschengeld eines Jugendlichen stellt schon ein Einkommen dar. Deshalb kann auch gegen ihn eine Geldbuße verhängt werden.

Damit gibt es für die Schule eine ganze Reihe von Möglichkeiten, um auf vandalistisches Verhalten zu reagieren. Welche Sie letztlich dann ergreifen, bleibt Ihnen überlassen.

*Mit den besten Grüßen bis zum nächsten Mal
Ihr Günther Hoegg*



Dr. jur. Günther Hoegg ist Jurist und war 30 Jahre als Lehrer im Schuldienst tätig. Seit über 10 Jahren führt er schulrechtliche Fortbildungen durch, vor allem in Niedersachsen, NRW und Hessen. Mehr Expertensprüche von ihm finden Sie u.a. im Band „SchulRecht! für schulische Führungskräfte“, erschienen im Verlag Beltz.

Lassen Sie Ihr Kollegium an Dr. Hoeggs juristischen Praxistipps teilhaben und hängen Sie die Kolumne einfach im Lehrerzimmer aus!

die Einkerbungen der Tischplatte irreparabel sind, könnte der Ablauf wie folgt aussehen: Der Schüler zahlt 200.-€ für einen neuen Tisch und erhält dafür im Gegenzug den beschädigten.

Damit gibt es bereits zwei rechtliche Reaktionsmöglichkeiten auf das Verhalten unseres 10-jährigen Schülers: eine schulrechtliche Maßnahme und die Forderung von Schadensersatz. Kommen wir nun zu unserem 15-jährigen Vandalen: Er muss noch mit 2 weiteren Reaktionen rechnen. Denn nach dem 14. Geburtstag (Vollendung des 14. Lebensjahres) ist man **strafmündig**. Der Gesetzgeber spricht nun nicht mehr von Kindern, sondern von **Jugendlichen**. Und er geht davon aus, diese könnten das Unrecht ihres Handelns in vollem Umfang erkennen. Daraus folgt: Sie müssen nicht nur den entstandenen Schaden ersetzen, sondern können darüber hinaus auch **bestraft** werden. Das ist juristisch eine völlig andere Dimension.

3. Unser 15-jähriger Schüler kann also wegen Sachbeschädigung angeklagt und (nach Jugendstrafrecht) verurteilt werden. Man wird

BADEN-WÜRTTEMBERG

VSL Vereinigung von Schulleiterinnen
und Schulleitern in Baden-Württemberg e.V.
c/o CITA UG
Christinenstr. 5
10119 Berlin
T: (030) 57700546 F: (030) 57700862
geschaeftsstelle@vsl-bw.de
www.vsl-bw.de

BERLIN

Interessenverband Berliner
Schulleitungen e.V.
Helmut Kohlmeyer
Lily-Braun-Str. 101
12619 Berlin
T/F: (030) 9715832
service@ibs-verband.de

BRANDENBURG, BREMEN, THÜRINGEN

Momentan kein Landesverband,
bitte wenden Sie sich an die
ASD-Geschäftsstelle
c/o CITA UG
Christinenstr. 5
10119 Berlin
kontakt@schulleitungsverbaende.de

HAMBURG

VHS Verband Hamburger
Schulleitungen e.V.
c/o CITA UG
Christinenstr. 5
10119 Berlin
T: (030) 57700546 F: (030) 57700862
ms@ideas-answers.com
www.vhs-ev.de

HESSEN

Interessenverband Hessischer
Schulleiterinnen und Schulleiter e.V.
Cornelia Doebel
Akazienweg 6
63163 Neu-Isenburg
T: (06102) 836520
ihs-geschaeftsstelle@arcor.de
www.ihs-hessen.de

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Schulleitungsvereinigung
Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Heike Walter, Schule am See
Seestr. 9
18239 Gatow
T: (0173) 5105974
heikewalter@slmv.de
www.slmv.de

NIEDERSACHSEN

Schulleitungsverband
Niedersachsen e.V.
Herrenstr. 5
30159 Hannover
T: (0511) 6005635 F: (0511) 6005636
E-Mail über das Kontaktformular des
SLVN auf dessen Homepage
www.slvn.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

Schulleitungsvereinigung
Nordrhein-Westfalen e.V.
c/o Dr. Burkhard Mielke
Drosselstr. 14
40627 Düsseldorf

SAARLAND

Vereinigung Saarländischer
Schulleiter e.V.
Arno Heinz
Kohlweg 28
66123 Saarbrücken
aheinz.sb@t-online.de

SACHSEN-ANHALT

Schulleitungsverband
Sachsen-Anhalt e.V.
c/o Grundschule Frohe Zukunft Halle
06118 Halle/S.
www.slv-st.de

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Schulleitungsverband Schleswig-Holstein e.V.
Klaus-Ingo Marquardt
Pommernweg 33
24582 Wattenbek
T: (04322) 2362 F: (04322) 888922
kimarquardt@slvsh.de
www.slvsh.de

WISSENSCHAFTLICHE BEGLEITUNG

Prof. Dr. Stephan Huber

**DIE NÄCHSTE AUSGABE
ERSCHEINT IM JANUAR 2018**



b:sl
Beruf : Schulleitung

01/18

:TITELTHEMEN

Die Themen der kommenden Ausgabe finden Sie in
Kürze auf unserer Website:

www.beruf-schulleitung.de

Redaktionsschluss: 17. November 2017

Anzeigenschluss: 15. Dezember 2017

Die digitale Plattform für Schulleitungsbelange –

immer am Puls des schulischen Wandels



www.beruf-schulleitung.de

b:sl
Beruf : Schulleitung

Regelmäßig Neuigkeiten zum Thema Schulleitung & zahlreiche
b:sl-Ausgaben im Online-Archiv zum Durchstöbern

Four hanging light bulbs are shown against a dark teal background. The bulb on the far left is illuminated, casting a warm, yellowish glow. The other three bulbs are unlit and appear as white, pear-shaped objects with dark green metal bases. The background has a subtle, textured pattern.

Neue Impulse für Ihren Unterricht

**Kostenfreie Kurse für digitales und kompetenzorientiertes
Lernen – von Lehrern für Lehrer**

Auf Adobe Education Exchange erfahren Sie, wie einfach das Arbeiten mit digitalen Lerninhalten sein kann. Praxisnahe Tutorials zeigen, wie Sie mit kostenfreien Tools wie Adobe Spark oder den Mobile Apps aus Adobe Creative Cloud Ihren Unterricht gestalten können.

Fördern Sie unabhängig vom Unterrichtsfach eine Vielzahl an Kompetenzen mit Erklärvideos, Grafiken oder Webseiten und vermitteln Sie Ihren Schülern Schlüsselqualifikationen des modernen Berufslebens.

edex.adobe.com/de